INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

An 'nem schönen Sonntagmorgen fliegt ein Flugzeug von Frankfurt weg,
und an Bord sind fast nur Männer, die woll'n bumsen nach Prospekt.
Und das Ziel kann sein Pataya, Goa oder Kenia;
viele schreiend arme Frauen und auch Mädchen leben da.

Und die Löwin, die hat Zähne, und die hat sie im Gesicht.
Und die Frau'n ha'm Küchenmesser, doch Mann sieht die jetzt noch nicht.

Und Herr Dr. Dr. Müller, dessen Arbeit so mancher kennt,
kommt nackend aus der Sauna und sein Schwanz ist abgetrennt.
Auch Herr Schulze und Franz Lehmann lagen morgens in ihrem Blut,
und so endet ihr Abenteuer in gerechter Frauenwut.

Denn die Löwin, die hat Zähne, und die hat sie im Gesicht.
Und die Frau'n ha'm Küchenmesser, doch die sieht Mann jetzt noch nicht.

Als Frau Schlüter aus Berchtesgaden merkt, was ihr Mann mit ihr so treibt,
wetzt auch sie die Küchenmesser; von Rudi Schlüter nicht viel bleibt.
Denn wir Frau'n sind keine Ware und wir sind auch kein Zeitvertreib;
Und wenn die Männer das nicht begreifen,
dann werden sie's spüren am eig'nen Leib.

Eine Löwin, die hat Zähne, und die trägt sie im Gesicht.
Und wir Frau'n ha'm Küchenmesser und an Wut fehlt's uns doch nicht.

Text: Verfasserinnen unbekannt, zum Internationalen Frauenwiderstandstag gegen Gewalt gegen Frauen am 25.11.89.
Melodie: Han[illegible] nach Meckie Messer

Nr. 81 30. November 1989

Vorwort:

Diese Woche quillte unser Postkasten mal wieder über und so hatten wir die Qual der Wahl - siehe Liste "im Ordner". Verschoben haben wir die mit "Lila Pause" versüßte "Bleiwüste" - sie kommt nächste Woche und dafür ganz!
Die Demo in Göttingen zum Tod von Conny nimmt relativ großen Raum ein. Wir haben einen Demo-Bericht bekommen und dokumentieren ein sogenanntes "BürgerInnen-Flugi", das in Göttingen flächendeckend in die Haushalte verteilt wurde (ca. 50.000 Stück). Wir geben dieses Flugi weiter, um diesen Ansatz zur Diskussion zu stellen. Es wird überlegt, ob das Flugi auch in Berlin nachgedruckt werden soll. Die Landes-ASTEN-Konvernz hat wohl über die Finanzierung diskutiert.
Wir bringen auch die "Neuköllner Flugschrift" ganz, obwohl einige Info's schon in dieser Zeitung erschienen sind als Beispiel für einen ähnlichen Ansatz hier in Westberlin.
Es gab viele Beiträge in der Rubrik Volx- und Frauensport. Wir haben die Erklärungen nicht im Block, sondern bei den entsprechenden Themen untergebracht. Nur die Hamburger RZ-Erklärung zu den Aktionen der vorletzten Woche, steht vereinzelt am Ende des Heftes.
Wir haben uns diese Woche beim Umbruch etwas verplant, so daß der Beitrag der "Lila Offensive" sehr verkleinert erscheint. Dies ist ein längerer Beitrag von Frauen aus der DDR zu ihrer Einschätzung der gege nwärtigen Lage, ihren Vorstellungen von befreiter Gesellschaft und ihren Forderungen in der aktuellen Situation. Also laßt euch von dem Format nicht abschrecken.

P.S.: Kurze Mitteilung: Dragisa (Tegel) und Susanne (Bochum), eure Briefe sind bei und angekommen.

Briefe, Beschwerden und Bestellungen (ab 5 Exemplare) wie immer an: **INTERIM**
Gneisenaustr.2a
1000 Berlin 61

Inhaltsverzeichnis:

Seite

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

im Ordner:
Presseerklärung der Antifa - Berlin (Hauptstadt der DDR); Projekt "Kunst - Widerstand - Ausstellung"; eine Seite mit dem Titel "Wir sind schon viele, wir werden Masse .."; neuste Texte der Radikalen Linken .

HOCH DEN INTERNATIONALEN ??? KAMPF!

Aus dem Sextourismus hat sich der Frauenhandel entwickelt. Dem Wunsch der Männer, nicht nur im Urlaub, sondern auch zu Hause eine Frau zur Befriedigung all ihrer Bedürfnisse ständig verfügbar zu haben, kommen internationale Frauenhändlerringe entgegen. Unter Frauenhandel ist generell die Anwerbung, die Verschleppung und der Verkauf von Frauen für die Ehe, für die Prostitution oder für schlecht bezahlte Lohnarbeit zu verstehen. In den hiesigen Boulevardzeitungen werden täglich Frauen aus allen Teilen der Welt angeboten. In der BRD und in West-Berlin herrscht eine hohe Nachfrage nach Frauen aus dem Trikont und zunehmend aus osteurpäischen Ländern.

Vom Frauenhandel profitieren drei Personengruppen: Da sind zunächst die Anbieter, die markt- und profitorientiert den Heiratsmarkt und/oder Bordelle, Bars und Peep-Shows mit Frauen aus dem Trikont versorgen. Dann die Zuhälter hier und schließlich die Männer, die sich eine Frau für den Privatgebrauch kaufen oder als Kunden Bordelle und Peep-Shows aufsuchen.

Viele Frauen aus dem Trikont, die hier in der Prostitution arbeiten, sind mit falschen Versprechungen – etwa eines gut bezahlten Jobs – von SchlepperInnen, Menschenhändlern oder Zuhältern hergelockt und in die Prostitution getrieben oder gezwungen worden. Teilweise wissen die Frauen vorher, daß sie hier in der Prostitution arbeiten, doch haben sie kaum Vorstellungen, wie miserabel ihre Arbeitsbedingungen wirklich sind : daß sie illegal hier leben und immer riskieren, abgeschoben zu werden; daß sie z.B. mit vielen Frauen in der Wohnung, in der sie leben, auch die Freier bedienen müssen.

Die Polizeirazzien führen einzig dazu, die ausländischen Frauen in ihre Heimatländer abzuschieben. Die Zuhälter und Händler kommen ungeschoren davon. Auch die gekauften Ehefrauen haben kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Wenn sie dem Käufer nicht mehr gefallen, kann er sich scheiden lassen, die Frauen werden abgeschoben.

WEG MIT DEM PATRIARCHAT!

Die Grundlage für die Existenz von Frauenhandel und Sextourismus ist das rassistische und sexistische Bild, das Männer von uns Frauen haben. Sie kaufen Frauen als Ware zu ihrer Bedürfnisbefriedigung. Frauenhandel und Sextourismus sind auch ein Teil des Ausbeutungsverhältnisses zwischen den kapitalistischen Staaten und den sogenannten unterentwickelten Ländern. Die Tatsache, daß Frauen aus dem Trikont und Osteuropa herkommen, um hier als Prostituierte zu arbeiten oder einen deutschen Mann zu heiraten, können wir nicht losgelöst von der wirtschaftlichen Situation der Herkunftsländer sehen.

Von Frauenhandel und Sextourismus profitieren dieselben Männer, die auch hier Gewalt gegen Frauen ausüben.

DAGEGEN WEHREN WIR UNS ???

INTERNATIONALER WIDERSTANDSTAG ♀ GEGEN GEWALT GEGEN FRAUEN ♀

Heute am 25.11.89 ist der internationale Widerstandstag gegen Gewalt gegen Frauen. 1988 wurde dieser Tag das erste Mal von der phillipinischen Frauenorganisation GABRIELA zum internationalen Aktionstag erklärt und Frauenhandel und Sextourismus zum Thema gemacht.

In den betroffenen Trikontländern ist das rapide Anwachsen der Prostitution auf eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzuführen, die sich nicht an den Bedürfnissen des Volkes, schon gar nicht der Frauen orientiert. Die kapitalistischen Länder bzw. Organisationen (wie IWF, Weltbank, Banken und Konzerne) erzwingen von den verschuldeten Ländern eine Politik der Anpassung an ihre eigenen Profitinteressen, die zur Zerstörung der heimischen Produktionsweise führt, zur massiven Verarmung und zur massenhaften Landflucht in die Slums der Städte.

...e Stadt für Entdecker

TRANSEUROPA

TOUROPA

SCHARNOW

NECKERMANN REISEN

HUMMEL

Sechsmal wöchentlich nach Bangkok

Sie sehen schon, in welche Richtung wir Ihnen besonders viele Flüge bieten.

Lufthansa

Frauen können die ihnen zugeschriebene Aufgabe, die Familien zu ernähren, nur noch eingeschränkt erfüllen. Wenn Frauen die Existenz der Familien im eigenen Land nicht mehr sichern können, sind es vor allem die Töchter, die nach neuen Erwerbsmöglichkeiten in der Stadt suchen. Doch die Erwerbsmöglichkeiten in den Fabriken oder als Hausmädchen sind knapp, und der Verdienst reicht kaum für sie selbst, geschweige denn für die Familie. Sexuelle Belästigung und Vergewaltigung am Arbeitsplatz sind keine Seltenheit, und die Übergänge zur Prostitution fließend. Die häufig hochverschuldeten Trikontländer unterstützen den Ausbau der Sextourismuszentren und benutzen die Frauen als letzte Ressource. Ebenso werden über eine Million Kinder aus dem Trikont jährlich zur Prostitution und zur Herstellung pornographischer Filme und Schriften gezwungen.

In der Werbung dafür wird ein Klischee von "anschmiegsamen, unterwürfigen, anspruchslosen" Asiatinnen, Afrikanerinnen oder Lateinamerikanerinnen produziert: ein Klischee, in dem Sexismus und Rassismus zusammenfallen. Die Frauen sollen Männern aus den Industrieländern sexuell zu Diensten stehen. Auch wir müssen uns vor dem Klischee hüten, in jeder asiatischen Frau eine Prostituierte oder gekaufte Ehefrau zu sehen.

In vielen Ländern der sogenannten "Dritten Welt" (Trikont) haben sich Sextouristenzentren entwickelt. Jährlich reisen in großen Massen Männer aus den kapitalistischen Ländern - darunter vorrangig bundesdeutsche, nordamerikanische und japanische Männer - in Länder des Trikonts, um Frauen und Sex zu konsumieren.

Den typischen Sextouristen gibt es nicht. Alle Altersstufen, alle Berufsgruppen sind vertreten. Es sind unsere Väter, Brüder, Onkel, Söhne, Ehemänner, Freunde, Nachbarn, Arbeitskollegen...., die die Frauen sexuell ausbeuten, sich ihre materielle Not zu nutze machen.

V.i.S.d.P.: G. NECKERMANN, 1131

KAMPF DEM FRAUENHANDEL + SEXTOURISMUS

♀♀♀♀♀♀♀ SPORT

In der nacht zum intern. ♀♀♀ widerstands- und ♀♀♀ kampftag (24. auf 25.11.) brachten wir scheiben von reisebüros zum klirren und verschönerten wände und türen mit parolen

wir besuchten:

Hajo-Reisen, Brandenburgische Str. 44
TUI-Reisebüro Weber, Hermannstr. 92
Man Tours, Motzstr. 70
TUI-Reisebüro Zelder, Bundesallee 135

20 jahre sextourismus und frauenhandel sind mehr als genug
die profitgeier, anbieter, heiratshändler und zuhälter, die frauen gewaltsam ausbeuten, erniedrigen, vergewaltigen, zur ware verobjektivieren, wollen wir auch zukünftig nicht mehr in ruhe lassen
legen wir den sexistischen und rassistischen schweinen das handwerk

einige ♀♀♀♀♀

Volxsport

WILD TULIP PARTY - DAS BILD EINER FRAU MIT TULPENKOPF UND HERAUSGESTELLTEN GESCHLECHTSTEILEN ALS WERBUNG FÜR GROOVY SMILEY MÄNNER! EINE FORM VON ALLTÄGLICHEM SEXISMUS AUCH IN DER SZENE UND ZUFÄLLIG IN DER NACHT IN DER DER INTERNATIONALE WIDERSTANDSTAG GEGEN GEWALT GEGEN FRAUEN BEGINNT! WIR PLAKATIEREN NUR - DIE ANTWORT DER KLEBETYPEN ALS SIE DRAUF ANGEMACHT WURDEN! VERGEWALTIGEN TUN DIE ANDEREN ? ODER WAS !!!
GEGEN AUGENZWINKERN UND MÄNNERKUMPANEI !!'

EINIGE MÄNNER

HEUTE, DEN 25.11. IN DER NACHT ZUM INTERNATIONALEN WIDERSTANDSTAG GEGEN GEWALT GEGEN FRAUEN HABEN WIR DIE WILD TULIP PARTY IM BLOCKSHOCK MIT SCHEIßE EINGEDECKT! DAS WERBEPLAKAT SPRICHT FÜR SICH! WIR HABEN ES SATT STÄNDIG TYPEN ERKLÄREN ZU MÜSSEN WAS SEXISMUS IST.

S C H E I ß E G E G E N S C H E I ß E

EINIGE FRAUEN

KOMMANDO RACHE FÜR JOSEPHINE BUTLER

8.) die Besuchsregelungen zu erweitern. Dies kann stufenweise geschehen, um eventuellen organisatorischen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen. Erweiterungen in diesem Sinne sollten jedoch unverzüglich auf den Weg gebracht werden;

9.) den Rechtsschutz der Gefangenen zu erweitern, d.h. insbesondere, daß dem Gefangenen die Möglichkeit gegeben wird, unter Inanspruchnahme der Prozesskostenhilfe sich in Strafvollzugssachen einen Rechtsanwalt nehmen zu können.

Auch muß

10.) die seit Jahren bestehende Forderung nach besserer Verpflegung an dieser Stelle wiederholt werden. Hierbei sollte man auch die Möglichkeit einer eventuellen Selbstverpflegung nicht außer Acht lassen. Zumindestens muß aber eine Erhöhung des Verpflegungssatzes der Strafgefangenen erfolgen;

und sollte

11.) eine bessere Schulung der Bediensteten auf der oberen und unteren Ebene erfolgen, wozu bei der inneren Führung darauf hingewirkt werden muß, einen menschenwürdigen Umgang mit dem Inhaftierten zu ermöglichen.

Weitere Forderungen von uns wären

12.) selbstbestimmte Zusammenlegung und Zusammenschlüsse innerhalb offener Häuser;

13.) selbstbestimmte Arbeits- und Interessengruppen, gemeinschaftsveranstaltungen und Kurse für alle Gefangenen, einschließlich jener mit Abschiebehaft;

14.) Zugang zu allen Gemeinschaftshöfen;

15.) Entlassung aller Haftunfähigen, physisch und psychisch Kranken und Hiv-Infizierten;

16.) Abschaffung jeglicher Sonderhaftbedingungen, Isolationsmaßnahmen und Kollektivstrafen, sofortige Schließung der Bunker;

17.) keine Urinkontrollprogramme und Gehirnwäsche für Vollzugslockerungen (Ausgänge, Urlaub etc.);

18.) sofortige ersatzlose Streichung sämtlicher SK-Kräfte, Bereichsleitungen und Psychoagenten;

19.) freizügigere Handhabung beim Erteilen von Genehmigungen für Rundfunk- und Fernsehgeräte;

20.) Verbesserung der sanitären Bedingungen;

21.) eine bessere Gesundheitsfürsorge;

22.) Ausstattung der Hafträume mit Steckdosen;

23.) die Erstellung eines Vollzugsplanes bei jedem Gefangenen, nach Möglichkeit durch eine unabhängige Kommission und nicht wie bisher im Lande Berlin durch mitunter voreingenommene Einzelpersonen des Vollzuges

und

24.) ANERKENNUNG DER AUTONOMEN INTERESSENVERTRETUNG DER TEILANSTALT III DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT TEGEL.

Abschließend möchte die autonome Interessenvertretung der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel anregen, darüber nachzudenken, die Richter der Bundesrepublik Deutschland für ihre Fehlurteile haftbar zu machen - zumindest künftig - , d.h. ein unschuldig Verurteilter kann vom Staat Schadenersatz verlangen, der Staat wiederum kann sich das gezahlte Geld von dem verantwortlichen Richter zurückholen. Hierbei sei darauf hingewiesen, daß es bei unserer europäischen Nachbarn - so z. B. beim EG-Mitglied Italien - ein solches Gesetz gibt, welches durch eine Volksabstimmung zustande gekommen ist. Wir halten ein solches Gesetz für sehr sinnvoll. Und wenn dem so ist, daß die deutschen Gerichte so unfehlbar sind, wie sie stets behaupten, dürfte es wohl auch kaum Widerstände hier geben?

Es sei uns noch eine weitere Anmerkung erlaubt.
Der Strafvollzug als sozialrechtstaatlich gebundene Aufgabe des Staates braucht einen politischen Schutzraum und muß aus der Tages- und parteipolitischen Auseinandersetzung herausgehalten werden.
Der Strafvollzug sollte eine gemeinschaftliche Aufgabe aller politischen Parteien sein. Diese Zielsetzung muß der Grundsatz allen politischen Handelns sein. Solange diese Zielsetzung nicht erreicht ist, müssen die politisch Verantwortlichen jedoch alle ihre Bemühungen darauf ausrichten, in dieser Richtung zu Verbesserungen zu kommen. Wir verküpfen diese unsere Hoffnung mit den zur Zeit regierenden Parteien, die uns auch insbesondere vor der Regierungsübernahme hierzu berechtigten Anlass gegeben haben. Umso mehr wirk jetzt eine gewisse Ernüchterung, um nicht zu sagen Enttäuschung in der Handhabung mit den Problemen der Gefangenen.

Damit diese Enttäuschung nicht in totaler Resignation endet, wird es nötig sein, daß es zu richtungsweisenden Entscheidungen von höchster Stelle kommt. Nur mit derartigen Entscheidungen, die dann auc in tatsächlicher Hinsicht Auswirkungen auf den Strafvollzug haben, wird die Glaubwürdigkeit wiederherzustellen sein.

Unsere Glaubwürdigkeit steht und fällt mit der klaren Aussage, Kritik zu üben, wo Kritik berechtigt erscheint. Nur die Tatsache, daß uns als Betroffenen sehr viel an der Verwirklichung beabsichtigter Reformen im Strafvollzug liegt, macht es insoweit möglich, Kritik zu üben.

" DIE MENSCHENWÜRDE IST VERLETZT,
WENN DER GEFANGENE GEFOLTERT,GEDEMÜTIGT,
BLOSSGESTELLT,ERNIEDRIGT,GRAUSAM BEHANDELT,
IN SEINER INTIMSPHÄRE VERLETZT ODER SEIN
WILLE GEBROCHEN WERDEN SOLL. "

DIE AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG DER
TEILANSTALT III
DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT-TEGEL

ANSPRECHPARTNER:

Hans-Joachim ZWINCK
Wolfgang RYBINSKI
Hans ESSER
Hans-Otto HIMPEL
Detlef ZIEGELER
Hans-Joachim WEISS
Iskender AYAZ
Ahmet KAVURMACIOGLU
Reiner SCHULZE
Peter FEHLOW
Jürgen KETTNACHER (Insassenvertreter,der TA.III)
Hans HANDRISCHIK(der TA.II)

FORDERUNGEN DER AUTONOMEN VERTRETUNG, HAUS 3; AUS TEGEL

Justizvollzugsanstalt
Tegel

den 18.11. 1989

die autonome Interessenvertretung sieht sich veranlasst, der Senatorin für Justiz, Frau Professor Dr. Jutta LIMBACH ihr Mißtrauen auszusprechen. Dies begründet sich insbesondere auf die Entscheidungsunfähigkeit bezüglich der in den Koalitionsvereinbarungen vom 5.3.89 vereinbarten Neuordnungen und Verbesserungen einer Vollzugsreform. Insoweit fordert die autonome Interessenvertretung die unverzügliche Umsetzung der in dieser Koalitionsvereinbarung niedergeschriebenen Maßnahmen. Hierbei verweisen wir insbesondere auf Anlage C 17 dieses Papiers. Des weiteren muß auf Punkt 9 der Koalitionsvereinbarungen vom 25.3.1989 hingewiesen werden, wo es heißt: Wiederaufnahme der Justizvollzugsreform. Die letzten 10 Jahre der Gegenreform im Strafvollzug haben schädliche Wirkungen des Freiheitsentzuges erheblich verstärkt. Eine zukünftige Vollzugspolitik muß diese Entwicklung beenden. Ein Ausbau der ambulanten Hilfen, vom Gesetz geforderte Öffnung des Vollzuges und die Verbesserung der Lebensbedingungen werden Eckpfeiler dieser Politik sein. Durch diese Maßnahmen und neuen Wege der Konfliktbewältigung kann die Bevölkerung besser vor Straftaten geschützt werden als allein durch auf Sicherheit ausgerichtetes Verfahren und durch Entmündigung der Gefangenen.
In diesem Zusammenhang bleibt für die autonome Interessenvertretung festzustellen, daß sich an den Begebenheiten, obwohl eine sogenannte Schonfrist um ca 4 Monate überschritten wurde, nichts geändert hat. Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden. daß der damalige Justizsenator Ludwig A. REHLINGER einen Artikel in der Berliner Morgenpost unter dem Titel

' RESOZIALISIERUNG IST BESTER SCHUTZ GEGEN NEUE STRAFTATEN '

zur Diskussion gestellt hat. Hierbei fällt auf, daß hier der gleiche theoretische Ansatz in der Diskussion bestanden hat. Nun wissen wir allerdings auch, daß der damalige Justizsenator Ludwig REHLINGER und seine politischen Gesinnungsfreunde hier nur Leerformeln postulieren wollten und keine tatsächlichen Veränderungen damit bezweckten. Um so beklemmender wirkt jetzt die Erkenntnis - und wir haben allen Anlass dies anzunehmen - , daß auch die neue politische Führung Berlins ihre diesbezüglichen Versprechungen ebenfalls nur postuliert und nicht in klare politische Entscheidungen umsetzt. Dies wird für den Fall, daß sich in dieser Richtung nicht schnellstens etwas ändert, zu Problemen führen, die zur Zeit nicht überschaubar sind. Daß dies im einzelnen auch den politisch Verantwortlichen und insbesondere der Alternativen Liste bekannt ist, zeigen die Presseveröffentlichungen vom 20. Mai 1989 in der Berliner Tageszeitung (TAZ) unter dem Titel "Der Limbach ist zu seicht" und mit der Überschrift: 'Heftiger Unmut in beiden Koalitions-Parteien über die Justizsenatorin - sie wird für zaghaft, ängstlich und risikoscheu gehalten - pers[illegible] Politik verhindert Reformen und weiterer Text. Insoweit ist auch dem Abteilungsleiter für Strafvollzug Christoph Flügge nicht zu folgen, wenn er in einer Pressemitteilung vom 25.05.1989 erklärt, inhaltliche Veränderungen auf den Weg gebracht zu haben. Wir sagen als Betroffene, diese Einschätzung der momentanen Situation ist falsch. Es gibt keinerlei Anzeichen für die Annahme, daß Reformen im einzelnen oder auch im besonderen spürbar geworden sind. Diese Ausführungen zum Grundsätzlichen seien uns in Anbetracht der Wich tigkeit einer vorzunehmenden Vollzugsreform gestattet.

Die autonome Interessenvertretung der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel unterstützt die Absicht, ein Verfassungsgericht in Berlin einzurichten, um die Rechtssicherung und Gleichstellung mit der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen.

Im einzelnen fordern wir:

1.) weitestgehende Öffnung der Berliner Vollzugsanstalten, d.h. insbesondere Anwendung der 2/3 Regelung, die bisher nur punktuell Anwendung findet;

2.) Abschaffung der Gruppenleiter, die insoweit nur eine Alibifunktion erfüllen. Der Status der Gruppenleiter ist mit den Aufgaben und Erfordernissen eines Sozialarbeiters unvereinbar. In einer fatalen Selbstbespiegelung interessiert den Gruppenleiter nur die herrschende Gewaltmaxime außerhalb des Strafvollzugsgesetzes;

3.) Abschaffung der Zwangsarbeit; dies im Wissen, daß eine derartige Maßnahme unter bundesrechtlichen Gesichtspunkten zu erreichen sein wird. Hierfür ist es unbedingt notwendig, die dafür notwendigen Gesetzesinitiativen zu ergreifen, um nötige Mehrheiten zu erreichen.

Es muß

4.) die Forderung nach angemessener Entlohnung gestellt werden, wozu die Angleichung an Tariflöhne der freien Wirtschaft gehört, was die Ergreifung dazu notwendiger Initiativen voraussetzt. Wer derartige notwendige Initiativen nicht auf den Weg bringt, verliert an Glaubwürdigkeit in anderer Richtung.

Ebenso konsequent muß

5.) die Forderung nach Aufhebung der Post- und Bücherzensur gestellt werden.

Desgleichen dürfte auch

6.) die Forderung nach einer Mitgliedschaft in einer Krankenversicherung und Rentenversicherung als Selbstverständlichkeit angesehen werden. Der Umstand, daß hierfür keine verstärkten Anstrengungen - zumindest nicht spürbar - getroffen werden, lässt eine reformerische Politik nur als eine imaginäre erscheinen. Hierzu gehört selbstverständlich auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Des weiteren fordern wir

7.) zur Aufrechterhaltung der Rechtspositionen Akteneinsicht zumindest für Rechtsanwälte in die Gefangenenpersonalakte, was insoweit schon alleine die subjekt[illegible] Stellung des Gefangenen als Mensch gebietet;

duktionsarbeit durch Frauen wurde bisher überhaupt nicht analysiert. Wahrscheinlich wird sie ähnlich wie die Verknüpfung von sozialer mit biologischer Mutterschaft als Normalität und natürlich angesehen und auch von Frauen verinnerlicht.

- Welche Interessen seht ihr hinter staatlicher Frauen- bzw. Mütterpolitik?
Es stehen handfeste ökonomische Interessen hinter z.B. der Einführung des bezahlten Babyjahres für Frauen. Es hat sich herausgestellt, daß es billiger ist, wenn Frauen das selber machen, als wenn ihnen öfter die maximal sechs Wochen umfasende Kinder-Pflege-Krankschrift (bei 70%tiger Lohnfortzahlung) gewährt werden muß, wenn Kinder in Krippen und dort krankheitsanfälliger sind.

- In welche Richtung gehen eure Forderungen bezüglich der Kleinfamilie als vorherrschender Sozialstruktur an sich, sowie der bestehenden Zuweisung von Teilen der Reproduktionsarbeit in den Bereich weiblicher Hausarbeit?
Auf der einen Seite muß die Arbeit in der Kleinfamilie anders verteilt werden, z.B. durch eine Pflicht der Männer, die Hälfte des Babyjahres zu übernehmen u.s.w. mit dem Ziel, daß jedeR Subjekt bleibt und nicht in eine festgeschriebene Rolle gezwängt ist. Der springende Punkt ist, die bisherigen Sozialstrukturen aufzubrechen. Deswegen müssen auf der anderen Seite andere Lebensformen als die Kleinfamilie anerkannt und vor allem in rechtlicher Hinsicht gleichgestellt werden.
Homosexuelle Beziehungen haben dazu beigetragen, die Anerkennung der Möglichkeit von nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu schaffen,- besonders im Bezug auf dei Wohnraumvergabe - die aber ehelichen noch lange nicht gleichgestellt sind. Daß es heirbei nicht nur um rechtliche Aspekte gehen kann, zeigt sich z.B. daran, daß alleinstehende Frauen sehr wenig Kommunikationsmöglichkeiten haben, da das gesellschaftliche Leben auf Ehe und Kleinfamilie ausgerichtet ist.

- Wie ist die rechtliche Situation bei Gewalt gegen Frauen innerhalb und außerhalb der Ehe?
Es gibt rechtlich per Definition in der Ehe keine Vergewaltigung. Außerhalb der Ehe muß sie immer nachgewiesen werden (untersuchung und Befragung meist durch Männer). Als Vergewaltigung gilt nur eine unter körperlicher Gewaltanwendung erzwungene vaginale Penetration. Außerdem müßen die Frauen sich fragen lassen, ob sie sich nicht anmachend verhalten haben. Strafen sind im Vergleich mit anderen Straftatbeständen relativ niedrig, 1-5 Jahre Haft, (*etwa 3 von zehn angezeigten Vergewaltigern werden verurteilt, das sind 1000 pro Jahr (Tsp.19.11)
Gewaltverhältnisse in Beziehungen stellen kein öffentlich diskutiertes Thema dar, werden tabuisiert, im Gegensatz zu z.B. den Gründen für die hohe Scheidungsrate. Es ist schon allein aufgrund der äußeren Bedingungen schwer für Frauen aus Gewaltverhältnissen auszubrechen, da es nahezu keine Zufluchtsplätze gibt. In Berlin gibt es ein caritatives Haus, das aber nicht auf die konkrete Situation von Frauen eingestellt ist. (Für div. Notfälle, kein Platz für Kinder).

- Wie weit wird Frauen rechtlich und moralisch die Selbstbestimmung über ihren Körper zugestanden?
Abtreibung ist seit '72 mit einer 12-Wochen Fristenregelung legal. Zu dieser Zeit waren endlich genug medizinische Einrichtungen vorhanden, die es ermöglichten, das von den Sozialisten traditionell vertretene Recht auf Abtreibung einzulösen. Dies geschah trotz chronisch zu niedriger Geburtenrate, der allerdings durch andere Mittel versucht wurde, zu begegnen (z.B. zinslose Ehekredite, die "abgekindert"werden können, Förderung junger Ehen, Ermöglichung von nicht ehelichen studentischen Beziehungen durch gemeinsame Zimmer in Wohnheimen, kürzere Arbeit bei vollem Einkommen und mehr Urlaub für kinderreiche Mütter, Teilzeitarbeit, ein bezahlter monatlicher Hausarbeitstag für vollbeschäftigte Frauen, (wenn diese verheiratet oder ledig mit Kind oder älter als 40 sind), und ein bezahltes Babyjahr für Frauen, nur in Ausnahmefällen für Männer.)
Es gibt keine staatliche Diskriminierung von Frauen, die abtreiben, moralisch ist es trotzdem nicht voll anerkannt, z.B. macht sich die Kirche für den Schutz des "ungeborenen Lebens" stark und unterstellt Frauen einen unverantwortlichen Umgang damit. Sowohl die gynäkologische als auch die psychologische Betreuung lassen zu wünschen übrig.
Verhütungsmittel gibt es kostenlos auf Rezept und unabhängig von Alter und Lebensform. Die Nebenwirkungen von Pille, die das verbreitetste Verhütungsmittel darstellt, und der Spirale, die wenig zu bekommen und qualitativ schlecht ist, werden verschwiegen bzw. bagatellisiert; Kondome und Diaphragma sind verpönt bzw. nicht bekannt. Die Frauen haben die Zuweisung der alleinigen Verantwortung für die Verhütung weitgehend verinnerlicht, was vor allem für junge Frauen verhängnisvoll ist, da sie oft nicht in der Lage sind, sich dazu zu artikulieren. Wir, die lila offensive, fordern eine Beteiligung der Männer an dieser Verantwortung!

- Wie weit sind biologistische Erklärungsmodelle in der DDR verbreitet, wie die Festschreibung von typischen männlichen und weiblichen Eigenschaften - abgsehen von der Gebärfähigkeit. Zitat: "Statt Gleichmacherei zwischen den Geschlechtern anzustreben, sollten sich naturgegebene Emotionalität der Frau un kämpferische Intelligenz des Mannes lieber friedlich und nutzbringend ergänzen ..."
(Marion Kauke, Sonhild Döring, Humboldt-Uni, Okt.'89)
Es stimmt, es gibt eine Gruppe von u.a. Ärztinnen, die das gesagt haben, allerdings nicht ohne Gegenreaktion. Ich halte diese Position für katastrophal, da dadurch geschichtliche Rollen endgültig festgeschrieben werden, die sich über Jahrhunderte sozial und traditionell entwickelt haben . Die sogenannte natürliche Arbeitsteilung der Urgesellschaft ist durch die Abnahme der Bedeutung von Körperkraft in der Produktion überwindbar geworden.
In der wissenschaftlichen Literatur ist die biologistische Rollenzuweisung eher ein Einzelfall, aber im Bewußtsein der Leute tief verwurzelt und wird ständig öffentlich reproduziert (Stichwort: "die liebe Mutti"als offizielle Sprachregelung)

- Welchen gesellschaftlichen Entwurf habt ihr ?
Unser gesellschaftlicher Entwurf ist dersozialistischen Feminismus oder feministischen Sozialismus, d.h. daß wir im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaft über eine juristische GleichbeRECHTigung hinaus, eine wirkliche GleichSTELLUNG der Geschlechter auf allen Ebenen fordern. Letztendlich bedeutet das eine Umstrukturierung der gesamten, bisher männlich orientierten bzw. dominierten Arbeits- und Lebensverhältnisse, also u.a. eine Verfassungs-, Bildungs- und Moralreform.
Die Marxisten haben die Frauenunterdrückung ursächlich auf die Unterdrückung der Arbeiterklasse zurückgeführt und als Nebenwiderspruch behandelt. Es hieß, Frauen und Männer müßten sich zusammenschliessen, um den Kapitalismus zu überwinden. Die wenigen TheoretikerInnen, die Frauenunterdrükkung klassenübergreifend thematisierten, haben sich in diesem Punkt nicht durchgesetzt.
Ein großes wissenschaftliches Defizit ist auch, daß es keine politische Ökonomie der Hausarbeit gibt.
Daß nach 40 Jahren DDR patriarchale Strukturen existieren, zeigt, daß die historisch auf sozial-ökonomischen Grundlagen entstandene Frauenunterdrückung eine gesamtkulturelle patriarchale Tradition erzeugt hat, die sich - wenig von der ökonomischen Situation abhängig - selbst reproduziert.

- Wie steht ihr zu SED, DFD und oppositionellen Gruppen wie Neues Forum und Vereinigte Linke?
Die SED hat jahrzehntelang versucht, die Leute u.a. durch materielle Versorgung ruhig zu halten, anstatt eine ideologische und geistige Zukunftsorientierung zu entwickeln. Durch die starren Strukturen des Stalinismus ist vieles kaputtgegangen. Der Führungsanspruch der SED muß zurückgenommen werden. Die SED ist so männerdominiert, daß wir mit sehr viel Energieaufwand nur kleine Erfolge erzielen könnten und deshalb unsere Kräfte in anderen Strukturen effizienter einsetzen. Nichtsdestoweniger halten wir es für wichtig, daß sich Frauen auch in dieser Partei einbringen.
Der DFD wurde bis vor wenigen Tagen von einer Frau aus der stalinistischen Zeit geleitet, hat bisher nie Frauenrechte vertreten, sondern die Mütterrolle verfestigt (Kinder, Küche,...) und hat sich damit historisch überlebt. Auch jetzt gemachte Zugeständnisse zeigen, daß die Situation von Frauen nicht verstanden wird, z.B. zeigt sich , daß sie lesbische Identität nicht als Organisation des ganzen Lebens begreifen, sondern auf eine sexuelle Variante reduzieren und damit diskriminieren. Allerdings verfügt der DFD über 35 von 500 Sitzen in der Volkskammer, die wir uns gerne erschließen würden.

Generell sind alle oppositionellen Gruppen außer uns männerdominiert, so daß, damit Frauen in ihnen eine wirkliche Chance hätten, die Strukturen verändert werden müßten. In der momentanen Situation organisieren wir uns deshalb autonom, arbeiten aber natürlich mit Frauen zusammen, die in gemischten Strukturen organisiert sind. Wir sehen in dem momentanen Umbruch eine Chance und wollen, daß unsere positionen in dem neuen Entwurf der Gesellschaft berücksichtigt werden und damit nicht damit gewartet wird, "bis mal Zeit ist"!

- Ihr betont, daß es für euch keine isolierte Frauenfrage unabhängig vom Verhalten von Männern gibt. Könnt ihr das erläutern?

Ja, die Lösung der Frauenfrage wird nicht ohne Veränderung der Männer funktionieren, aber wir wollen unsere Kraft nicht in diese Erziehungsarbeit investieren. Das sollen Männer selber machen. Diese Prozeß wird in einer Zwangssituation für Männer seinen Ausgang nehmen. Das bedeutet eine allgemeine Kampfansage an Männer, endlich den Geschlechterwiderspruch und die unterschiedlichen Interessen zu sehen. Männer, die darauf nicht eingehen, fallen hinten runter. Um Frauen in diesem Kampf zu unterstützen, werden neben der Einflußnahme auf die Institutionen (z.B. rechtlicher Gleichstellung, Forderungen an offizielle Gremien) auch Strukturen zur Förderung des Bewußtseins für die alltäglichen Auseinandersetzungen gebraucht, z.B. öffentliche Frauenräume mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

- Wie ist das Verhältnis zwischen Lesben und Heteras?

Freundschaftlich!(lacht) Lesben haben oft radikalere Positionen. Das resultiert auf der einen Seite aus ihrem stärkeren Leidensdruck, auf der anderen Seite aus ihrer relativ größeren Autonomie von Männern. Einige Heteras möchten das Ausgrenzen von Männern zurücknehmen. Bis jetzt entwickelte sich die Zusammenarbeit jedoch nicht zu problematisch.

- Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten seht ihr zwischen West- und Ost-Frauenbewegung in Bezug auf deren Situation und deren Inhalte?

Wir stehen jetzt da, wo die West-Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre stand, am Beginn, allerdings unter anderen Voraussetzungen:

- Wir können auf Erfahrungen und Analysen aus westlichen Ländern zurückgreifen, die z.T. übertragbar sind.
- Der antagonistische Klassenwiderspruch, und damit ein kapitalistisches Interesse an der Aufrechterhaltung der Frauenunterdrückung existiert nicht.
- Frauen in der DDR sind aufgrund ihres eigenen Einkommens selbstbewußter und unabhängiger als Frauen in der BRD(*s.o.)
- Da hier aber in der offiziellen Propaganda die Gleichstellung der Frau als existent dargestellt wird, und Frauen dadurch gehindert werden, sichüber ihre Situation bewußt zu werden, existiert bei uns bis heute kaum eine Frauenbewegung. Das steht im Gegensatz zur BRD, inder vieles erkämpft werden mußte und muß, wodurch ein gewisses Bewußtsein von Frauen über ihre Situation entsteht.
- Die politische Führung begibt sich in einen Widerspruch zu ihrere eigenen sozialistisch-humanistischen Ideologie, wenn sie die Frauenfrage weiterhin vernachlässigt. D.h., da wir an den Idealen des Sozialismus orientiert sind, können wir unsere Forderungen auch verstärkt auf dieser Basis einklagen. Unsere Voraussetzungen scheinen uns insofern momentan günstiger als in der BRD/W-Berlin, zumal in der jetzigen Aufbruchssituation in der DDR.
- Beide Frauenbewegungen sehen den Zusammenhang von Rassismus und Sexismus.
- Gemeinsam ist beiden Frauenbewegungen der antipatriarchale Kampf, der Geschlechterwiderspruch wird als grundlegender Widerspruch begriffen und angegangen.

***

- ARBEITSPAPIER -

Standortbestimmung der Fraueninitiative "lila offensive"

1. Ausgangspositionen

1.1. Zur Herausbildung und zum Wandel der Stellung der Geschlechter in der Gesellschaft

Im marxistischen Gesellschaftsverständnis ist die Entstehung und Entwicklung sozialer Erscheinungen und Prozesse in letzter Instanz zurückführbar auf die Produktionsweise einer Gesellschaft.

Bei der Herausbildung der Klassengesellschaft in frühgeschichtlicher Zeit waren diejenigen Produktionsmittel, die die Erzeugung eines Mehrprodukts ermöglichten, in der Hand der Männer (bedingt durch die naturwüchsige Arbeitsteilung). Es entstand Ungleichheit hinsichtlich Macht und Ansehen von Männern einerseits und Frauen andererseits. (1) Der Mann begann über die Frau zu dominieren, die Frau war dem Mann als erstem Besitzer von Privateigentum in allen wesentlichen Aspekten untergeordnet. Dies geschah gleichzeitig mit der Aufspaltung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose, in Herrschende und Beherrschte als Folge der Entstehung von Privateigentum.

Die "weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts" (2) ist der Anfang des PATRIARCHATS, der Herrschaft des Mannes über die Frau.

Die unterschiedliche Stellung der Geschlechter zu den Produktionsmitteln bzw. zum Eigentum an ihnen war die eigentliche Ursache für die Entstehung der "Geschlechtssklaverei".

......

(1) Diese Formulierung stellt den mehrheitlichen Konsens der Gruppe dar. Es gab jedoch noch einen anderen Ansatz: Die Klassengesellschaft bildete sich durch die Umwandlung des Mehrprodukts in Privateigentum heraus. Da mehrheitlich Männer infolge ihrer sozialen Stellung an der Erzeugung des Mehrprodukts beteiligt waren, kam es zur Konzentration von Privateigentum in männlicher Hand. Ursache und Folge dieses Prozesses ist die unterschidliche psychosoziale Stellung der Geschlechter.

(2) Engels, Friedrich.-In: MEW 21.-Berlin, 1984.-S.61

Mit der Herausbildung der Klassengesellschaft erfolgte der Übergang von der naturwüchsigen Arbeitsteilung zur gesellschaftlichen Teilung der Arbeit nach dem Geschlecht. Die Reproduktion geschlechtstypischer Arbeitsteilung über Jahrhunderte hinweg bis in die Gegenwart ist eine wesentliche Bedingungskomponente für patriarchale Unterdrückung.

Mit zunehmender Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Entstehung eines vielfältig strukturierten Überbaus, erlangte die unterschiedliche Stellung der Geschlechter eine relative Eigenständigkeit. Sie wurde ins gesellschaftliche Bewußtsein umgesetzt und gestützt durch die jeweils gültigen Anschauungen in Kunst, Wissenschaft, Recht, Bildung und Ideologie.
Im Laufe der Geschichte der menschlichen Gesellschaften war die Stellung der Geschlechter in der Gesellschaft Wandlungen unterworfen. Wesentlich ist hierbei, daß diese sich nicht auf den Wandel der Produktionsweise allein zurückführen lassen, sondern von Veränderungen in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Bewußtseins begleitet und zu einem nicht unbeträchtlichen Teil durch sie bewirkt bzw. ausgelöst wurde. Die Geschlechterfrage (d.h. die Frauen- und Männerfrage!) ist ökonomisch nicht faßbar, sie ist sowohl ein ökonomisches als auch ein sozialpsychologisches Phänomen.

Folglich ist die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht per se gleichbedeutend mit der Aufhebung der sozialen Ungleichheit von Frau und Mann. Hierzu bedarf es außer sozialistischen Produktionsverhältnissen eines tiefgreifenden Wandels des gesellschaftlichen Bewußtseins, der geistigen Kultur (Kunst, Wissenschaft, Ideologie, Alltagsbewußtsein etc.) der Gesellschaft.

Sozialwissenschaftliche Forschungen belegen, daß sich in der DDR zwar positive Veränderungen hinsichtlich der Situation und des Ansehens sowie des Selbstverständnisses von Frauen vollzogen haben, aber dennoch das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse noch immer als patriarchalisch charakterisiert werden muß. Nach wie vor sind männlich dominierte Maßstäbe, Denkweisen und Verhaltensweisen präsent und normbestimmend.

1.2. Auswirkungen patriarchaler Gesellschaftsverhältnisse

Die Folgen patriarchaler Verhältnisse sind für Frauen und Männer gravierend. Sie lassen sich in den verschiedenen Bereichen einer Gesellschaft ausmachen:
Zum einen entstand eine massive Benachteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen und zum anderen kommt es zu einer Vereinseitigung der Persönlichkeitstrukturen von Frau und Mann.

- Erwerbstätigkeit

Traditionell typische Frauenberufe haben geringeres Prestige und werden im Durchschnitt schlechter bezahlt als traditionell typische Männerberufe.
Die Anforderungscharakteristika von "Frauen-" und "Männerberufen" unterscheiden sich wesentlich: Frauen sind in der Regel mit monotonen, sich wiederholenden und wenig kreativen Tätigkeiten bzw. Arbeitsbereichen betraut, Männern hingegen obliegen in der Regel die abwechslungsreicheren und geistig anspruchsvolleren Tätigkeiten.
Männer haben in der Regel bessere Chancen, in verantwortungsvolle und mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattete Positionen zu kommen als Frauen.

- Bereich der individuellen Reproduktion

Hausarbeit und Kindererziehung sowie die Sorge um das psychische und physische Wohlergehen des Mannes werden noch immer in erster Linie der Frau zugeordnet. Man spricht über das Problem der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft und nicht von der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Elternschaft (vgl. hierzu sozialpolitische Maßnahmen). Daraus resultiert eine objektiv existierende Doppelbelastung der Frau mit deutlichen negativen Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung von Frauen.

- Machtpositionen und Bereiche kollektiver Wissensbildung

Frauen haben, selbst bei Vorliegen gleicher Kompetenz, wesentlich geringere Chancen als Männer, in Positionen mit Entscheidungsbefugnis und/oder Machtbefugnis zu gelangen. Dies gilt für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens (Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Politik etc.).

- Geschlechtsspezifisches Selbstverständnis

Die Zuordnung bestimmter Tätigkeitsbereiche zu Frauen bzw. Männern und die unterschiedliche Bewertung dieser Aufgabenfelder führte zu der Herausbildung von Geschlechtsrollenstereotypen. Diese waren entsprechend den relativ spezifischen Anforderungscharakteristika jeweils durch Vereinseitigung gekennzeichnet.
Das Frauenleitbild betont die dienende, aufopfernde und untergeordnete Rolle der Frau, ihre Emotionalität, Gefühl, Intuition, Hingabe, Fürsorge, Liebe etc., während das Leitbild für Männer auf Führung, Kompetenz, Leistung, Macht, Dominanz, Wettbewerb, Rationalität und Feindseligkeit gegen potentielle Konkurrenz orientiert.

Dies bleibt nicht ohne Folgen für das Selbstverständnis von Frauen und Männern und für das jeweilige Bild vom anderen Geschlecht. Selbstbild, Selbstwertgefühl und die Fähigkeit, die eigenen Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren und durchzusetzen sind bei Frauen und Männern sehr unterschiedlich und stehen einer realen Gleichachtung der Geschlechter entgegen.

- Recht

Wir sehen die Freiheit und Würde von Frauen im Rahmen der existierenden gesetzlichen Festlegungen in der DDR in einem ungenügenden Maße geschützt und fordern aus diesem Grunde eine Erweiterung, Differenzierung und Neuformulierung der inhaltlichen Festlegungen betreffs des Straftatbestandes von Straftaten gegen die Freiheit und Würde des Menschen. Diese Forderung betrifft sowohl den §122 des StGB der DDR sowie deren Kommentierung im Strafrecht der DDR. Rigoroser Widerstand ist zu leisten gegen die alltägliche Praxis von Polizei und Justizorganen, die es Frauen schwer oder unmöglich macht, ihr Recht auf Schutz von Leben und Gesundheit einzufordern. Physische Gewaltanwendung gegen Frauen unabhängig von deren Familienstand muß auf Verlangen strafrechtlich verfolgt werden.

2. Zielstellung der Fraueninitiative "lila offensive"

Grundsätzlich ist die Emanzipation von Frauen ohne eine wesentliche Änderung der Situation der Männer nicht möglich. Der Weg zu Gleichstellung und gleicher Wertigkeit der Geschlechter ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß, der beide Geschlechter betrifft, wenn auch in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichen Konsequenzen. Das schließt u.a. ein, daß Männer Privilegien aufgeben müssen.

Die Tätigkeit der "lila offensive" wird sich auf die Belange von FRAUEN konzentrieren.
Ausgehend von der Tatsache, daß Frauen in der DDR in allen der in Punkt 1.2. aufgeführten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens Männern gegenüber im Nachteil sind, sehen wir die Notwendigkeit einer Einflußnahme auf gesellschaftliche Verhältnisse und Prozesse. Unser Ziel besteht darin, der Ungleichheit der Stellung der Geschlechter in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Wir wollen insbesondere die Mechanismen benennen und bekämpfen, die geeignet sind, die bestehende soziale Ungleichheit von Frau und Mann zu reproduzieren und festzuschreiben.

Wir sehen Möglichkeiten und Notwendigkeit unseres Wirkens auf drei Ebenen:

- Wir wollen dazu beitragen, das Problembewußtsein hinsichtlich der Stellung und Situation von Frauen und Männern in der DDR zu erzeugen bzw. bestehendes zu differenzieren.
- Wir wollen Veränderungen in den gesellschaftlichen Bedingungen einfordern, die auf die Herstellung realer Gleichstellung von Frauen und Männern gerichtet sind.
- Wir wollen dazu beitragen, die Fähigkeit von Frauen, ihre Situation zu erkennen, ihre eigenen Bedürfnisse und Wünsche zu artikulieren und schließlich daraus abgeleitete Absichten und Forderungen zu realisieren, entscheidend zu erhöhen.

3. Selbstverständnis der Fraueninitiative "lila offensive"

Wir verstehen uns als FeministInnen.
Feminismus ist für uns Interessenwahrnehmung und Interessenvertretung - unabhängig von ihren Lebens- und Liebesverhältnissen.

Feminismus ist nach zwei Seiten hin bestimmbar:

- **Feminismus ist eine Art der Sicht auf gesellschaftliche Verhältnisse, die diese bewußt unter dem Aspekt wahrnimmt und analysiert, welchen Platz, welche Rolle und welche Bedeutung Frauen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft haben. Diese, einer männerdominierten Gesellschaft fremde Sichtweise impliziert Fragestellungen und Denkansätze, die sich von den üblichen unterscheiden, und die in der Konsequenz zu neuen wissenschaftlichen Theoriebildungen und Einsichten führen.**
  Feminismus bedeutet, die Geschlechterfrage als wesentlich in unser Gesellschaftsverständnis einzubringen.
- **Feminismus ist zugleich die Bezeichnung für eine Politik, die konsequent von den Interessen von Frauen ausgeht und diese zu verwirklichen sucht.**

Feminismus meint in unserem Verständnis nicht die völlige Ausgrenzung von Männern. Soll eine Gleichstellung tatsächlich praktizierbar, eine Gleichstellung tatsächlich wirkungsvoll sein, muß sich männliches Selbstverständnis parallel zu weiblichem Selbstverständnis mitentwickeln. Deshalb kann es uns FeminitInnen nicht um einen Frauenzentrismus gehen, der die Männer nur als Objekte behandelt. Es muß deshalb unser Anliegen sein, ihnen Kenntnis und Anteilnahme an unseren Absichten zu ermöglichen, damit das Wissen, daß die Emanzipation des einen Geschlechts nur durch die Emanzipation des anderen Geschlechts erreicht werden kann, umgesetzt wird, damit Geschlechterverhältnisse zu emanzipierten Verhältnissen werden.

4. Struktur und Arbeitsweise

Der Kampf von Frauen um die reale Gleichstellung bedarf der Doppelstrategie von Autonomie einerseits und Kooperation/ Integration andererseits.
Eigenständige und autonome Organisierung und Interessenvertretung von Frauen ist unabdingbar

1. weil sich Frauen um ihre Befreiung in erster Linie selbst kümmern müssen
2. für die Bewußtseinsbildung und Selbstfindung von Frauen in Strukturen, die wir frei machen wollen von patriachalen Mustern und Zwängen
3. für die Motivierung von Frauen, für ihre eigenen Interessen selbstbewußt einzutreten
4. für die Ausprägung eines Bewußtseins hinsichtlich ihrer Situation als mehrheitlich benachteiligtes Geschlecht.

Zusammenarbeit und kritische Mitarbeit sind notwendig, weil

1. die Frauenfrage eine gesamtgesellschaftliche Frage ist und somit Angelegenheit aller gesellschaftlichen Kräfte sein muß
2. die reale Gleichstellung von Frauen nur durchsetzbar ist durch und über das Zusammenwirken von Frauen und Männern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Wir verstehen uns als Bestandteil einer unabhängigen Frauenbewegung. Langfristig streben wir an, mit einer Fraktion im Parlament (Volkskammer)vertreten zu sein. Momentan treffen wir uns zwei Mal wöchentlich ~~pro Woche~~ in einer geschlossenen Gruppe.
Bis jetzt konzentrierten wir uns in unserer Arbeit darauf, konzeptionelle Grundlagen für unser Wirken zu entwerfen.
Für die weitere Arbeit halten wir außerdem für erforderlich, daß sich unsere Gruppe öffnet zur Gründung von thematischen Arbeitsgruppen, um die von uns benannten Forderungen und Aufgaben bewältigen zu können. Diese Gruppen müßten detailliert arbeiten zur

1. Erforschung und Analyse der realen Situation von Frauen (z.B. Einkommensverhältnisse, Bildungschancen, soziale Notstände)
2. Erforschung der Bedürfnisse von Frauen (Lebensformen außerhalb der Ehe, Förderung im Beruf, Gesundheitsberatung, spezifische Psychtherapie)
3. Umsetzung der sich aus den ersten beiden Punkten ergebenden Forderungen. D.h. konkrete Arbeit für die Veränderung der Situation

Wir streben die Kooperation mit allen be- und entstehenden Gruppen an.

5. Forderungskatalog – ein erster, nicht alle Themen erfassender Entwurf

I. Erwerbstätigkeit

1. Reale ökonomische Gleichstellung von Frau und Mann, sowie freier Zugang von Frauen und Männern zu allen Berufszweigen

   dazu sind folgende Schritte notwendig:
- Höherbewertung und bessere Bezahlung für "frauentypische" Berufe
- Förderung der Motivation und des Zugangs von Frauen zu wissenschaftlichen und technischen Berufen
- Förderung der Motivation und des Zugangs von Männern zu Berufen des sozialen Bereichs (Kindererziehung, Gesundheitswesen, Dienstleistung)
- Quotenregelung für Leitungs- und Entscheidungsfunktionen
- gleiche Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen und Männern in einem Beruf hinsichtlich ihres fachlichen Könnens und Wissens

2. Eltern- und kinderfreundliche Arbeitsgesetzgebung

   dazu sind folgende Schritte notwendig:
- Förderung der Vereinbarkeit von Mutterschaft als auch Vaterschaft und Berufstätigkeit
- Erweiterung der steuerlichen Vergünstigungen bzw. finanziellen Zulagen für Kindererziehende
- gleiche Möglichkeiten für Männer und Frauen hinsichtlich Teilzeitarbeit
- Erweiterung der Möglichkeiten zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger bzw. PartnerInnen, ohne finanzielle Benachteiligungen

II. Bereich der individuellen Reproduktion

1. Frauen und Männer übernehmen Verantwortung und Arbeitsaufwand für den häuslichen und erzieherischen Bereich zu gleichen Teilen

   dazu sind folgende Schritte notwendig:
- Aufhebung der einseitigen Festlegung sozialpolitischer Maßnahmen auf Mütter
- Recht und Pflicht zur sozialen Vaterschaft

2. Entscheidungsfreiheit in Bezug auf die Gestaltung von Lebens- und Liebesverhältnissen
- Abschaffung aller an die Ehe gebundenen Privilegien
- zivilrechtliche Absicherung aller nichtehelichen (z.B. lesbischen) Lebensgemeinschaften
- Demokratisierung des gesellschaftlichen Erziehungsprozesses
- Schaffung alternativer Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und -erziehung (Kinderläden, Spielhäuser, Jugendzentren)

III. Macht- und Entscheidungsbereiche

Die Interessen von Frauen und Männern müssen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens berücksichtigt werden

dazu sind folgende Schritte notwendig:
- Einführung einer 50% Quotierung bei der Aufstellung von KandidatInnen für alle Ebenen der Volksvertretungen (Volkskammer, Bezirks- und Kreistage)
- Durchsetzung von Quotenregelungen in den Leitungen von Parteien und Organisationen entsprechend des Anteils von Frauen bzw. Männern
- Zulassung und Förderung alternativer Interessenvertretungen von Frauen (autonome Frauenbewegung)
- Bildung einer Frauenfraktion in der Volkskammer, in der Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung einen gleichberechtigten Platz haben
- Frauenministerium bzw. Frauenreferat in der Regierung als Übergangslösung

IV. Recht

1. Überarbeitung des Strafgesetzbuches mit dem Ziel, die konsequente Bestrafung jeder Form von Gewalt gegen Frauen zu ermöglichen
2. Herstellung eines gleichberechtigten Status von Männern hinsichtlich des Erziehungsrechtes bei Scheidungen sowie generell bei Wahrnehmung der sozialen Vaterschaft

V. Sozialisation

Abbau geschlechtsstereotyper Verhaltensnormen

dazu sind folgende Schritte notwendig:

1. Schaffung von Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten für Frauen, die es Frauen ermöglichen eigene Bedürfnisse zu erkunden und zu artikulieren (Frauencafes, -clubs, -bibliotheken, -wohngemeinschaften, -ferienhäuser)
2. Entwicklung eines öffentlichen Bewußtseins und der Diskussion über die Geschlechterfrage
- Öffnung der Medien für diese Problematik bzw. Zulassung neuer Frauenzeitschriften, -sendungen etc.
- Veröffentlichung bzw. freier Zugang zu feministischen Forschungsergebnissen
- Thematisierung und Abbau sexistischer Medieninhalte
- Förderung frauengerechter Sprache und Sprachverhaltens

3. Abbau rollenfixierter Erziehung
- kritische Analyse der Inhalte von Lehrplänen und -büchern hinsichtlich der Vermittlung von Geschlechtsrollenstereotypen und Erarbeitung neuer Lehrmittel
- körperfreundliche enttabuisierte Sexualerziehung
- Erziehung zur Übernahme gemeinsamer Verantwortung für die Schwangerschaftsverhütung

BRIEF AUS LEIPZIG

Damit nach Lesen meines Textes auch jeder gleich weiß,wo er mit seiner Kritik(Verurteilung)ansetzen muß,was zu mir:
Ich bin parteilos(und werd's auch sicher bleiben)und arbeite in einigen unabhängigen Gruppen der Bunten(bzw. schwarz-roten)Szene in Leipzig mit.
DIE LAGE IST ERNST-ABER HOFFNUNGSLOS!
Persönlicher Bericht zur Lage in Leipzig
1. Der Staat:ist natürlich ,(wie ˘berall?) heilig und auf der Straße ,wie Von Außen(zum Glück!)unantastbar.Dabei ist ihm diese Sicherheit gar nicht so sicher:Die Regierung ,von Jedermann(und möglicherweise sogar vom eigenen Gewissen)bedrängt,ist gelähmt und verkriecht sich in die Politfestungen.So isoliert vom Revoluzzervolk grübelt und bastelt man an den Zauberformeln für die künftige ,heile DDR:-Welt.Vertrauen,gar Einfluß hat sie relativ verloren und etwaige Fernsehübertragungen haben eher den Status einer Unterhaltungssendung.
Gesetzlichkeit und Justiz,immernoch mit den inzwischen veruralteten Rechtsfahrplänen ausgerüstet konzentrieren sich brav auf Ladendiebstähle und übliche Delikte in Erwartug,daß auch sie bald der göttliche Atem zu neuem Leben erweckt(blos,wer spielt Gott?).
Der Polizeiapparat lächelt schleimig und drückt dienstbeflissen Visastempel in die Perso's,regelt untertänig bei Demo's den Verkehr,(die Feuerwehr marschiert gleich mal mit-auch MdI!!)und in der Stasi wird man wohl dabei sein,Akten zu verbrennen und weiße Westen zu schneidern.
Die SED Partei,auf die sich momentan in geistiger Einfalt Alles einschießt, zieht sich depremiert zurück und läßt ihre Märtyrergenossen ins Pfeifkonzertmesser des Zähnefletschenden Mob's laufen.Als momentan einzige Kraft,die in der Lage wäre(Strukturmäßig und wegen der hohen Mitgliederzahl)Landesweite Initiativen anzukurbeln,verpaßt sie Sund um Stund ihre Chance und Pflicht,beweist ihre Unfähigkeit der Führung der Werktätigen.
Statt sofort Grundlagen zu schaffen,um das sozialistische System zu retten und die marschierenden Rechten zu stoppen,steigen sie kampflos als 'rügelknaben in den Ring...
Die rissige Wirtschaft,durch die politidchen Beben noch mehr ins Schwanken gebracht,wird von Gastarbeitern,Armee und abnehmender Stammbelegschaft krampfhaft über Wasser gehalten.Eine Frage der Zeit,bis diese das Handtuch werfen,bei der gegenwärtigen offenlegung der realen Wirtschaftskennziffern bzw.Situation,dem Geldverfall und der schleichenden Inflation.
2. Die politischen Gruppen Die Blockparteien offenbaren ihren oportunistischen Charakter,hängen ihre Fahnen(ihre dreckige Vergangenheit unter den Tisch kehrend)in den rauhen Wind und werben Wahlkämpferisch um potentionelle Anhänger.
Massenorganisationen wie FDJ und FDGB,die über Nacht ihre Mündigkeit erworben haben,kosten das süße Brot der unbegrenzten Möglichkeiten voll aus und baden sich in kopf(hirn)losen Politfrderungen.
Als die Truppe mit Zukunft gilt hier die neuentstandene SDP.Clever alte Parolen benutzend und auf Traditionen rumhackend,verstehen es diese,die Arbeiter zu begeistern und mitzureißen.Die Westdeutsche SPD dürfte da nicht unerhebliche Schützenhilfe leisten-die SDP tritt z.Z. als einzige Kraft perfekt durchorganisiert,kompakt und selbstsicher auf.Phrasenhaft vereinnahmen sie(wie fast alle politischen Gruppen) Begriffe,wie Ökologie,Fluralismus und Demokratie in Politik und Wirtschaft.Dtl.fahnenschwenkend verschleiern sie (letzter Montag in Leipzig) der Arbeiterschaft die Ohnmacht der Sozialistischen Internationale.
Das Neue Forum zerfleischt sich momentan in internen Diskussionen über Parteizukunft oder nicht,gerät im harten Wahlkampf mit der (unge-wohnten-geübten-beherrschten)Basisdemokratie natürlich völlig unter die Räder und verliert mehr und mehr Sympatien zugunsten anderer Gruppen.
Führungsunstimmigkeiten(alles ehrenamtliche und unerfahrene Mitarbeiter) und differenzierte politische Ansichten führen zu Verzettelungen,Kleinkriegen und Blockspalterei. Auch diese ˘rganisation erhält (ihrer Popularität halber) Angebote über Angebote(zB.Büros),kann diese aber wegen der ungenügend ausgeprägten Strukturen kaum ausnutzen.Die anderen polit. Strömungen kann man in etwa diesen beiden Trends zuordnen.

Von falschen Toten und richtiger Freude über die ausländischen Gäste aus der DDR

Falsche Tote

Seit dem 9. November 89 jubelt "Deutschland": Die Mauer ist offen. Walter Momper nennt die Deutschen "das glücklichste Volk der Welt". Daß am zweiten Wochenende des deutsch-deutschen Wiedersehens eine Göttinger Antifaschistin bei einem Polizeieinsatz auf die Straße getrieben und überfahren wurde, paßte nicht ins Bild - es störte nur. Wer Flugblätter verteilte oder demonstrierte, durfte sich Fragen anhören wie "Schämt ihr euch eigentlich nicht?" (nämlich "unseren Festtag" so zu verderben). Die Medien brachten (mit wenigen Ausnahmen) nur Auslandsberichte, die als Inlandsberichte aufgemacht waren - eben deutsch-deutsch. Eine freiwillige Gleichschaltung der Presse, wie wir sie in diesem Ausmaß länger nicht erlebt haben, und das gerade unter den Bedingungen der Pressefreiheit. Medien, Stadt, Ratsparteien und "Leute auf der Straße" kümmerten sich in diesen Tagen kaum um den Tod einer Antifaschistin, am allerwenigsten um die Entwicklung, die zu ihm geführt hat: die allwöchentlichen Überfälle von Skinheads auf Linke und AusländerInnen, die Selbstschutzbemühungen der Betroffenen und die Polizeistrategie, die die Auseinandersetzungen zwischen FaschistInnen und AntifaschistInnenen nutzt, um gerade die letzteren "plattzumachen" (und beim "Plattmachen" gehen halt ab und zu auch Leute drauf, wie die Polizei sehr wohl weiß). Was eigentlich passiert war, das wollten viele PassantInnen schon wissen. Doch die vorherrschende Frage war nicht "Wie war das möglich?", sondern vielmehr "war die Tote nicht im Grunde selber schuld?" (denn wer sich in Gefahr begibt und dann noch vor den Ordnungshütern davonläuft...). Die von Polizei und Medien vielfach vorformulierte Vorstellung der "rivalisierenden Jugendbanden" lieferte den Rahmen für die Beruhigung über den unpassenden Vorfall: ein "tragischer Fall", Ergebnis von "Haß und Gewalt" und Verkettung unglücklicher Umstände etc. Ein totalitärer Zug am deutschen Jubel trat deutlich hervor; wer jetzt in dieser historischen Stunde mit den falschen, mit den unpassenden Toten ankommt, stößt im günstigsten Fall auf Unverständnis, sonst auf Haß und klammheimliche Freude. Mit den falschen Toten, denn es gibt auch richtige; auch wenn die vielleicht gar nicht wirklich tot sind. Wenn z.B. bei einem Polizeiüberfall in Berlin-Hauptstadt der DDR im Oktober beinahe ein Demonstrant überfahren wird, wenn PolizistInnen in Prag möglicherweise einen Demonstranten totgeknüppelt haben (keineR weiß es genau), dann ist das nationales Thema. Seitenweise werden in den Zeitungen Gedächtnisprotokolle dokumentiert, jede Nachrichtensendung befaßt sich damit... nicht so mit Connys Tod. Was ist das eigentlich für eine Freude, die von den falschen Toten nichts hören will?

Die "richtige" Freude

Es sei doch schön, so heißt es, daß FreundInnen und Verwandte jetzt einfach so zu Besuch kommen könnten. Klar kann das schön sein. Aber abgesehen davon, daß über die "bucklige Verwandtschaft" nicht überall das größte Entzücken zu spüren ist - so läßt sich die Massenbegeisterung nicht erklären. Im allgemeinen kennt man/frau die DDR-Bürger ja eben nicht persönlich, hat nicht einmal irgendetwas Spezifisches mit ihnen gemeinsam. Ähnliches gilt für die möglichen humanitären Gründe. Warum soll es nicht schön sein, bedürftigen Leuten zu helfen? Doch daß eine ähnlich spontane Hilfsbereitschaft z.B. gegenüber Obdachlosen oder gar AsylbewerberInnen anzutreffen wäre, wird niemand behaupten. Die Einladungen ergehen ganz selbstverständlich exklusiv an DDR-BürgerInnen. Auch die Kriterien für Hilfsbedürftigkeit sind hier ganz andere als sonst. Welchen Sozialhilfe-EmpfängerInnen würde denn wohl der Besitz eines Privatwagens als selbstverständlich, das Bedürfnis nach einer Küchenmaschine bzw. einem Videorecorder als "berechtigt" zugestanden? Kohl proklamiert zwar mit Blick auf die DDR-BürgerInnen das "Men-

schenrecht auf materielle Besserstellung", doch wer das glaubt, kann ja mal versuchen, dieses "Recht" bei ihm einzuklagen. Zudem ist es doch sehr auffällig, daß gerade im Punkt der materiellen Gaben an die DDR-BürgerInnen bereits die Identität von BRD-Volk und Führung ins Wackeln gerät. Überall hören wir schon das lauter werdende Gegrummel über Ungerechtigkeiten: Warum kriegen die was umsonst, wofür wir zahlen müssen? Von neidloser Freude darüber, daß andere 100 DM geschenkt bekommen, ist nun wirklich wenig zu spüren.

Es heißt weiter, die DDR-BürgerInnen seien nicht frei, sie seien "eingesperrt". Das ist nicht etwa so konkret zu verstehen wie bei Ingrid Strobl, auch nicht so wie bei AsylbewerberInnen, die bei Gefahr der Abschiebung (und damit bei Lebensgefahr) ihren zugewiesenen Bezirk nicht verlassen dürfen. Es bedeutet zunächst: Urlaubsreisen und Besuche in den Westen waren nicht ohne weiteres möglich. Das ist im Grunde jedoch nur das konkrete Futter für die allgemeine Unterstellung, wer im Kommunismus lebe, also unter einer Diktatur, und demzufolge die eigene Herrschaftsmannschaft nicht frei wählen könne, sei eben unfrei. Wie abstrakt diese Unterstellung ist, zeigt sich u.a. daran, daß die Einschränkung der Demonstrationsmöglichkeiten in der BRD durchaus von den gleichen Leuten gutgeheißen wird, die über die Demonstrationen in der DDR jubeln.

Die merkwürdig abstrakte Sache mit der Freiheit ist also ein erster Punkt, der für die Massenbegeisterung über die ausländischen Gäste wichtig ist. Doch selbst dieser Punkt kann nicht ausschlaggebend sein, wenn man/frau bedenkt, daß viele Staaten auf der Welt ihren BürgerInnen nicht das zweifelhafte Glück einräumen, ihrer Herrschaft nach BRD-Muster freiwillig in Wahlen zuzustimmen. Es bleibt nur eins: Diese Leute sind Deutsche und gehören daher eigentlich zu uns. Die Massenbegeisterung ist nationalistisch motiviert. Dabei wird nicht danach gefragt, ob die "Brüder und Schwestern" eigentlich nationalistisch vereinnahmt werden wollen; das BRD-Fernsehen hat sich ja alle Mühe gegeben, schwarz-rot-goldene Fahnen und Wiedervereinigungsparolen in der DDR zu entdecken, und wir können davon ausgehen, daß sie jede gefunden haben, die es überhaupt gab (und vielleicht noch ein paar mehr). Die Ausbeute ist dürftig...

Es wird gefeiert, daß Leute zu uns kommen, deren einzige Qualifikation im Deutschsein besteht. Was ist die Grundlage dieses Gefühls? Es ist der Sieg der BRD-Politik. Der Besuch der DDR-Bürger gilt als doppelter Beweis: einmal für die Berechtigung des Alleinvertretungsanspruchs der BRD "für alle Deutschen" (mit Zielpunkt "Wiedervereinigung" und Viertes Reich), zum anderen für den Erfolg der BRD im "Systemvergleich" Kapitalismus/Sozialismus. Der Erfolg der BRD-Politik verwandelt sich im Bewußtsein der BRD-BürgerInnen in ein Gefühl der Freude. Die Gäste aus dem deutschen Ausland geben nur das Material dafür ab; ihnen wird unterstellt, ihr größter Wunsch sei schon immer die Zugehörigkeit zu einem einigen, starken, kapitalistischen und arbeitsamen Deutschland gewesen, und ohne eigene Schuld sei ihnen dies verwehrt worden: von kommunistischen Diktaturen nämlich.

Nationaler Jubel und "nationale Selbstbestimmung" bedeuten eben nicht selbstbewußte Vertretung von sozialen Interessen, nicht soziale Selbstbestimmung. Der nationalistische Jubel in der Bevölkerung ist abstrakt. Gerade jetzt ist es deutlich zu spüren, wie schwer es geworden ist, Themen vom Terror faschistischer Banden und zum Tod führenden Polizeieinsätzen bis zu Steuer- und Gesundheitsreform öffentlich zu machen, wenn sie sich nicht irgendwie "deutsch" wenden lassen. "Nationale Selbstbestimmung" bedeutet vielmehr nationalstaatliche Selbstbehauptung in der Konkurrenz zu anderen Nationalstaaten, genauer: um den Ausbau der deutschen Vormachtstellung zunächst in Europa. Ein imperiales Gebilde wie das "Vierte Reich" würde nicht nur das Ausland das Fürchten lehren. Wie die Geschichte zeigt wirkt ein imperialer Chauvinismus nicht zuletzt auch nach innen: Die gesamte "Volkskraft" wird der nationalen Stärke verpflichtet. Kritik, gar Systemkritik oder das selbstbewußte Eintreten der Lohnabhängigen für ihre sozialen Interessen gilt als Verrat an dem "Nationalen Interesse" - schlechte Aussichten!

(Linker Arbeitskreis)

TRAUER UND WUT ÜBER DEN MORD

KAMPF DEM FASCHISMUS AN JEDEM ORT

Am 25.11. fand in Göttingen eine bundesweite Demo wegen der Ermordung von Conny statt. Diese Demo war von den Göttinger Autonomen organisiert worden. Eine Beteiligung anderer Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen war jedoch ausdrücklich erwünscht worden. Es gab allerdings keine Bündnisverhandlungen oder ähnliches, sondern es war allen möglich, mit eigenen Flugblättern zu dieser Demo aufzurufen.
Die Autonomen hatten eine Art Forderungskatalog veröffentlicht, hinter den sich auch fast alle anderen gestellt haben. So war es Konsens, daß angesichts einer toten Antifaschistin auf eine Anmeldung der Demo verzichtet wird. Dies wurde auch von der lokalen Presse, den Bullen usw. nicht thematisiert und somit nicht als Hetzinstrument benutzt.
Die Forderungen sahen vor, daß es vor, während und nach der Demo keinerlei Behinderungen durch die Bullen geben sollte. Auch sollte sich während der Demo kein einziger Bulle zeigen, ganz gleich, ob im Kampfanzug der zur Verkehrsregelung; also nicht nur "kein Spalier", sondern weitergehend keine Bullen in den Seitenstraßen, keine Observationsteams, schlicht halt, daß sich kein Bulle in Sichtweite der Demo aufhalten durfte. Verstöße gegen diese Forderungen, die auch das Recht auf Vermummung beinhalteten, würden als Provokation gewertet und mit entsprechenden Reaktionen beantwortet.
Das eigentliche Demokonzept der GöttingerInnen sah vor, daß bis zu dem Ort, wo Conny gestorben war, möglichst kein Glasbruch vorkommen sollte und die letzten paar hundert Meter bis dorthin als Schweigemarsch zurückgelegt werden sollten. Für die Strecke danach durch die Innenstadt bis zum Bullenpräsidium sollte nun nicht unbedingte Zurückhaltung angesagt sein, Hauptziel war jedoch das Bullenpräsidium und die Demo bis zur Abschlußkundgebung geschlossen durchzuziehen. Am Präsidium, das wurde auch auf öffentlichen Treffen so gesagt, wären Mollis nicht angesagt, aber mit allem anderen wäre zu rechnen.
In den Tagen vor der Demo wurde ein BürgerInnenflugi mit einer Auflage von 40 000 Stück in Göttingen flächendeckend verteilt. Auf diesem war u.a. eine Anwaltsnummer für ZeugInnen des Bulleneinsatzes vom 17.11. angegeben. Viele Anrufe, die daraufhin bei dem Anwalt eingingen, waren Drohanrufe, die bis zu Morddrohungen gingen. Auch wurden am Tag vor der Demo auf drei Wohnhäuser, in denen StudentInnen wohnen, Brandanschläge verübt.
Am Samstag schlossen die Geschäfte trotz Ausnahmegenehmigungen schon um 13.00 h, dies geschah aufgrund einer Empfehlung des Einzelhandelverbandes.
Die Bullen machten Kontrollen auf den Zufahrtsstraßen, hielten sich aber in der Stadt völlig zurück, es gab also keine Vorkontrollen und bis zum Bullenpräsidium war auch so gut wie kein Bulle zu sehen.
Die Demo hatte eine erstaunliche Größe, niemand hatte mit so vielen Menschen (15 000-20 000) gerechnet. Sogar die SPD hatte mobilisiert, allerdings nicht, weil eine Antifaschistin von den Bullen in den Tod gehetzt worden war, sondern aus dem Grund, daß "je mehr Menschen zu der Demo gehen, desto eher bleibt es friedlich."
Der autonome Block ging ganz vorne und bestand aus ganz vielen Menschen, vielleicht waren es 4 000. Die Kommunikation in der Demo lief ganz hervorragend. Es gab zwar nur einen Lautsprecherwagen, aber dafür viele GenossInnen mit Megafonen an der Seite. Auch der Umgang mit der Presse ist nachahmenswert: den Filmteams wurde klipp und klar gesagt, daß ihnen zwei Plätze zugewiesen werden, wo sie flimen können und ihnen nichts passieren würde. Jeden weitere Versuch, die Demo zu filmen, müßten sie auf ihre eigene Kappe nehmen und verantworten. So gab es denn auch zwischendurch keine FotografInnen o.ä., die penetrant die DemoteilnehmerInnen knipsten.
Nachdem die Demo den Punkt passiert hatte, wo Conny ermordet wurde, gab es an ausgewählten Objekten Glasbruch, was zu einigem Streß mit gewaltfreien Deeskalatoren führte. Die Route um das Bullenpräsidium herum war dann mit Sperren, Wasserwerfern usw. abgeriegelt. Flugs wurde eine Querstraße früher abgebogen, was immerhin noch ein Vorbeikommen an einer Seite des Präsidiums ermöglichte, was auch entsprechend genutzt wurde. Es flogen einige Zentner Gestein und Mineralien durch die Luft und auch mit Leuchtkugeln wurde nicht gegeizt. An der nächsten Ecke rückten jedoch zwei Wasserwerfer und einige Hundertschaften bedrohlich nahe an die Demo heran, während die Spitze schon wieder einige Meter weg vom Bullenpräsidium, von zwei Hundertschaften aufgehalten wurde, die sich in den Weg stellten. Es kam allerdings nicht zum befürchteten Bullenangriff, so daß es geschlossen bis zur Abschlußkundgebung weiterging. Dort zogen dann starke Bulleneinheiten von mehreren Seiten heran, deswegen wurde der Rest der Kundgebung vors Juzi verlegt. Dort kam es dann nochmal zu heftigen Auseinandersetzungen mit den nachrückenden Bullen, die jedoch vertrieben werden konnten.
Insgesamt kam es nur zu acht Festnahmen, davon schon sieben bei den Vorkontrollen.

Antifaschistin von Polizei in den Tod getrieben

Wir trauern um Conny

Es fällt uns nicht leicht, jetzt, wo uns das Entsetzen, die Trauer und die Wut noch so nah sind, ein solches Flugblatt zu schreiben. Wir finden es aber wichtig, gerade nach den vielen widersprüchlichen und falschen Meldungen in den Medien zu berichten, wie sich der Tod von Conny zugetragen hat und warum wir es einen Mord nennen, der der Polizei anzulasten ist. Weiterhin wollen wir an dieser Stelle erklären, warum es nötig ist, daß sich AntifaschistInnen gegen Neonazis zur Wehr setzen und warum in diesem Zusammenhang von rivalisierenden Jugendbanden zu sprechen schlichtweg eine Verdrehung der Tatsachen ist.

Voller Entsetzen haben wir am Freitagabend die Nachricht gehört, daß Conny, die wir als Freundin und politisch wache und aktive Frau kannten, als Folge eines Polizeieinsatzes ums Leben gekommen ist.

Was ist am Freitagabend passiert?

Gegen 20.50 h standen 6 - 8 AntifaschistInnen vor der Kneipe Apex in der Burgstraße. Ca. 8 Nazi-Skinheads, so genannt wegen ihrer kahlgeschorenen Köpfe, kamen mit Knüppeln bewaffnet aus der Kneipe und versuchten, die AntifaschistInnen anzugreifen.
Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf laut Polizeiangaben ein Skinhead durch eine Platzwunde am Kopf und ein weiterer an der Hand verletzt wurden. Als die Polizei eintraf war die Prügelei bereits beendet.
Während sich die AntifaschistInnen zerstreuten, eskortierte die inzwischen eingetroffene Polizei die Skinheads zur Bushaltestelle am Gothaer Haus.
Andere Leute, die nach diesem Zwischenfall informiert wurden, trafen sich kurze Zeit später vor einer Kneipe etwa 500 Meter vom Apex entfernt. Die Gruppe (ca. 30 Leute) ging Richtung Innenstadt, um nach dem Verbleib der Skinheads zu sehen. Am Ende der Fußgängerzone, in Höhe der Stadtsparkasse, war die Weender Straße von der Polizei abgesperrt worden. Nach bisher unbestätigten Berichten sollen an dieser Stelle Passanten von Polizisten angepöbelt und beleidigt worden sein.
Um einer Konfrontation mit den Polizisten aus dem Weg zu gehen, bog die Gruppe in einiger Entfernung zur Polizeisperre in die Mühlenstraße ein und setzte ihren Weg über den Waageplatz bis zur Kreuzung Berliner Straße / Godehardstraße fort.Während die Gruppe noch überlegte, was man/ frau weiter machen solle, fuhren einige Zivilfahrzeuge der Polizei langsam an ihr vorbei. Da es öfters vorkommt, daß nach Auseinandersetzungen mit Neo-Nazis auch Unbeteiligte von der Polizei verfolgt, belästigtund mitgenommen werden, wurde den AntifaschistInnnen klar, daß sie sich in einer bedrohlichen Situation befanden. Es wurde deshalb beschlossen, auf dem Weg zwischen Gericht und Finanzamt hindurch Richtung Campusgelände zu gehen, um sich dort zu trennen.
Was die Gruppe zu dieser Zeit nicht wissen kann, ist, daß die Polizei gleichzeitig mehrere Streifenwagen, eine Hundestaffel und Zwie Zivilstreifenwagen zusammenzieht, um eine Falle zu stellen. Als die AntifaschistInnen in der Stichstraße zwischen Maschmühlenweg und Weender Landstraße angelangt sind, bemerken sie, daß die beiden Zivilstreifenwagen, die sie zuvor im Maschmühlenweg stehen sahen, ebenfalls in die Stichstraße einbiegen und ihnen folgen. Aus einem dieser beiden Wagen, in dem sich der Chef der Zivilen Streifenkommandos Göttingens befindet, wird über Funk angefragt: "Sollen wir sie plattmachen?" Die Antwort lautet: "Ich bin dabei." "Ist doch die Gelegenheit, wo wir alle mal aufm Haufen sind." Sie kommt aus einem der Streifenwagen, die bereits auf der Weender Landstraße stehen. Hier sitzt der Dienstabteilungsleiter des 1. Reviers, in dieser Nacht Einsatzleiter der Streifenkommandos. Im Weitergehen wird für die Leute in der Gruppe erkennbar, daß sie nicht nur von den Zivilpolizisten hinter ihnen verfolgt werden, sondern daß auch vorn an der Einmündung zur Weender Landstraße uniformierte Polizisten stehen. Das Blaulicht der an der Straße abgestellten Streifenwagen ist nicht angeschaltet, wodurch die Situation für herankommende AutofahrerInnen sehr schwer zu erkennen ist. Die Fahrbahn ist nicht abgesperrt, der Verkehr läuft weiter. Einige aus der Gruppe der AntifaschistInnen sind bereits unbehelligt an

den Polizisten vorbeigegangen und haben den Mittelstreifen auf der Weender Landstraße erreicht, als plötzlich mehrere Polizisten mit gezogenen Knüppeln auf die noch in der Nebenstraße Befindlichen einstürmen, um einzelne festzunehmen. Conny versucht, den auf sie zulaufenden Polizisten in die einzig mögliche Richtung auszuweichen: in deie Mitte der Straße. Ein Wagen, der mit hoher Geschwindigkeit herankommt, erfaßt Conny und schleudert sie mehrere Meter durch die Luft. Reglos bleibt sie auf der Straße liegen. Keiner der Betroffenen wird die Scheußlichkeit der nun folgenden Szenen jemals vergessen können. Ein Polizist mit Hund und gezogenem Schlagstock versucht AntifaschistInnen, die Conny Erste Hilfe leisten wollen, zu vertreiben und fordert sie auf, sich gleich daneben zu legen. Die Bitte an die Polizei, unter den inzwischen zahlreich eingetroffen Schaulustigen eine medizinisch geschulte Person ausfindig zu machen, wird ignoriert. Stattdessen kommt es in diesen Minuten zu weiteren Attacken und Festnahmeversuchen. Der ca. 10 Minuten nach dem Zusammenstoß eintreffende Notarzt kann nur noch Connys Tod feststellen.

Quellen:
Augenzeugenberichte
Presseerklärung der Grünen zur Sitzung des Innenausschusses.

Conny - Du lebst in uns weiter

Wir haben Mühe, hinter all den Zeitungsartikeln und Flugblättern noch Dich zu erkennen. Aber wir wissen, wie Du warst: eine Frau wie keine andere.
Du hast nicht sterben wollen, Du hast leben wollen. Weil Du leben wolltest, und weil auch Dir die Bedrohung durch Neo-Faschisten unerträglich wurde, hast Du Dich gewehrt. Das, was passiert ist, hat uns wieder gezeigt, daß politischer Widerstand den Tod bedeuten kann.
Dein Tod trifft uns mit aller Wucht. Jetzt - nach Deinem Tod - wird viel geredet, viel geschrieben. Das macht Dich nicht wieder lebendig. SIE werden weiter ihre Lügen verbreiten - wie immer. SIE werden nichts unversucht lassen, die Umstände Deines Todes zu verschleiern und ihn anderen in die Schuhe zu schieben. Wir wissen, wie es war - sie haben Dich in den Tod gejagt, weil das der Logik ihres Denkens entspricht - "plattmachen".
Das werden wir ihnen nie vergessen.
Wir trauern, und wir sind wütend. Ohne diesen Polizei-Einsatz hättest Du nicht sterben müssen. Wir werden angegriffen, die Neo-Faschisten werden aus der Stadt geleitet. Das ist deutsche Tradition - wie die gleichgültige und teilweise menschenverachtende Reaktion großer Teile der Bevölkerung auf solche Ereignisse Tradition hat. Wäre es anders, wäre der Neo-Faschismus nicht geduldet, müßten wir nicht länger gegen ihn auf die Straße gehen.
Wir machen weiter, Conny, aber wir müssen damit rechnen, daß die Gegenseite unseren Tod billigend in Kauf nimmt.
Wandelt Wut und Trauer in Widerstand!

Liebe Conny,

eigentlich ist es unmöglich zu beschreiben, was in uns vorgeht, aber wir wollen und dürfen nicht darüber schweigen.
Wir sind fassungslos. Wir können uns nicht vorstellen, was es bedeutet, daß Du nicht mehr da bist.
Du warst bedeutend mehr als nur eine Antifaschistin. Du hast durch Deine Offenheit und Herzlichkeit auch die Menschen beeindruckt, die Dich nur wenig kannten. Wir haben mit Dir zusammengelebt, und Deine mitreißende Lebensfreude und Kraft hat uns oft geholfen. Wir vermissen Deine Ausstrahlung und Wärme, Deinen Blick für andere. Es war Deine Stärke, Dich in andere Menschen hineinzufühlen und viel zu geben, ohne dafür etwas zu erwarten.
Du hattest eine reiche Phantasie und viele Pläne. Auf der Suche nach Deinem Weg hast Du vieles ausprobiert. Auch wenn Deine Entscheidungen für manche schwer nachvollziehbar erschienen und Du Dir oft selbst nicht sicher warst, warst Du bereit, Kritik anzunehmen und aus Deinen Fehlern zu lernen. Du warst immer optimistisch, Deinem Ziel näherzukommen.
Unsere gemeinsamen Erfahrungen, unsere Freundschaft und unsere Utopie von mehr Menschlichkeit haben dazu geführt, uns gemeinsam gegen den Faschismus - und jede andere Form von Unterdrückung - zu wehren. Wir haben viel von Dir gelernt, wir haben Dich liebgehabt und werden Dich nie vergessen.

Warum nennen wir die Polizisten auch "Bullen"?

Die Bedrohung und Verfolgung der antifaschistischen und linken Gruppen durch die Polizei ist für Göttinger Verhältnisse nichts Ungewöhnliches. Da werden z.B. die BesucherInnen des Juzi regelmäßig von zivilen Polizeiwagen aus mit Ferngläsern beobachtet und mit Teleobjektiven fotografiert. Da fahren die Zivilwagen zeitweise täglich an bestimmten Wohnungen vorbei, im Schrittempo, und bleiben zur Beobachtung eine Weile davor stehen. Da werden Leute zu Fuß, auf dem Fahrrad, auf dem Mofa oder im Auto von zivilen Polizeiautos verfolgt, es wird beobachtet, von wo nach wo sie gehen, mit wem sie sprechen, mit wem sie sich treffen. Da werden - häufig auf brutale Weise - Personenkontrollen durchgeführt, die oft nur durch das zufällige Eintreffen von unbeteiligten PassantInnen nicht zu schlimmeren Ergebnissen führen. Und das alles ohne konkreten Anlass.
Schon 1982 haben einige Göttinger unter dem Titel "Der Lauschangriff" veröffentlicht wie in Göttingen Linke von den "Zivilen Sonderkommandos" bespitzelt und verfolgt wurden. Aussprüche wie die nebenstehenden wurden im Rahmen des sogenannten Spudok-Skandals öffentlich. Und an den Verhältnissen hat sich nichts Wesentliches geändert. Nur ein Beispiel aus jüngster Zeit: Am 27. Oktober 1989 waren eine Gruppe Skinheads unter den Augen der Polizei in die Diskothek "Tangente" gegangen. Kurz darauf ist im Polizeifunk zu hören: "Ein ausländischer Mitbürger betritt die 'Tangente' - mal sehen, wie er wieder rauskommt." (Er und zwei Menschen, die bei dem Angriff der Skins ihm zur Hilfe eilen wollten, wurden zusammengeschlagen - die Polizei griff nicht ein!)
Für die Kneipenbesucher, die am Juzi vorbeigehen, den Nachbarn der betroffenen Wohngemeinschaften oder zufällige Passanten in der Innenstadt ist dieses Stück Göttinger Alltag nicht sichtbar, da er von den Zivilen Sonderkommandos praktiziert wird. Eben von Polizisten, die nicht durch Grün-Weiß gekennzeichnete Streifenwagen und Uniformen erkennbar sind, sondern mit normaler Kleidung in unauffälligen Passats, Audis o.ä. durch die Stadt schleichen.
Mit ihren Aktionen schlagen nicht etwa einzelne Zivilbeamte willkürlich über die Stränge, sondern im Gegenteil: damit erfüllen sie genau die ihnen gestellte Aufgabe, nämlich durch Drohungen und Einschüchterungsaktionen Menschen die politische Arbeit unmöglich zu machen, die sich kritisch und konsequent mit dem Staat auseinandersetzen.
Dieses Ziel der Polizeistrategen zeigte sich - in der Öffentlichkeit weithin bekannt - bei der Juzi-Razzia. Zur Erinnerung: am 1. Dezember 1986 wurde das Juzi während einer Versammlung von der Polizei umstellt und von sämtlichen 408 Besuchern die Personalien aufgenommen und Fotos gemacht. Später wurde bekannt, daß diese Aktion langfristig im bundesweiten Rahmen auf einer Fachtagung von hohen Polizeioffizieren geplant wurde mit dem Zweck: "die linke Szene aus der Anonymität zu reissen", wie der damalige niedersächsische Innenminister Möcklinghoff es formuliert hat. Inzwischen haben Gerichte diese Polizei-Aktion für illegal erklärt, doch das ändert nichts an der Tatsache, daß die Polizei seitdem über die Daten und Fotos dieser riesigen Gruppe von Menschen verfügt.
Weil wir von den Zivilen Sonderkommandos auf diese Weise ständig bedroht und bespitzelt werden, können wir sie auch nicht wertfrei "Polizisten" nennen - solche Leute nennen wir "Bullen".

Die Mentalität der Zivilpolizei wurde schon 1982 deutlich, als Auszüge des Göttinger Polizeifunkverkehrs veröffentlicht wurden und zu dem Spudok-Skandal um eine geheime "Chaoten"-Datei der Polizei führte. Hier zwei Beispiele:

a: Zwei von unseren Freunden stehen gerade am Theaterkeller, spielen Anhalter, ihr könnt sie ja mal mitnehmen.
b: Jau!
c: Im Kerstlingeröder Feld, da werden sie rausgeschmissen.
a: Kleines Loch hacken, reinschmeißen.

oder:

a: Beim Musikhaus Hack sind welche im Laden... Wir sind am Ort... Das hat so seine Richtigkeit. Das ist hier Person von Musikhaus Hack, die hat nen Ausweis mit.
b: War da noch was?
a: Ne, ne, der hatte nur nen bißchen große Lippe.
b: Hatte ne dicke Lippe? Können wir ihn mit aufmischen?
a: Ach ne, lohnt sich nicht.
c: Und ich hatte schon ne Wette auf dich abgeschlossen, daß du heute nen Widerstand bringst.
b: Nur bei Kurtchen N. haben wir ja nen bißchen mit angefaßt.
a: Na immerhin, es geht aufwärts.
b: Es geht wieder an!
a: Wunderbar!

Anmerkung: Mit "Widerstand bringen" ist gemeint, einen Menschen z.B. bei einer "Personalienfeststellung" so hart zu bedrängen, bis der sich wehrt und dem Menschen dann ein Verfahren wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" anzuhängen.

Wir bitten alle Augen- und Ohrenzeugen, die Angaben über die Ereignisse am Iduna-Zentrum oder das Verhalten der Polizeibeamten an anderen Orten am Abend des Freitag, 17.11.1989, machen können, sich unter der Telefonnummer 75428 zu melden. Jede Kleinigkeit kann wichtig sein.

Was tun wir gegen Rechts

Wir wissen, daß die Verbreitung faschistischen Gedankengutes gerade bei Jugendlichen nicht alleine dadurch gestoppt werden kann, daß den Faschisten auf der Straße entgegengetreten wird. Die zunehmende Akzeptanz unter Jugendlichen für faschistisches und rassistisches Gedankengut hat tiefsitzende gesellschaftliche Ursachen. Doch gerade diejenigen, die am lautesten schreien, daß es hier lediglich um die Auseinandersetzung "rivalisierender Jugendbanden" ginge, machen wenig bis gar nichts, um sich diesen Entwicklungen entgegenzustellen. Dies liegt auch gar nicht in ihrem Interesse. Wer schweigt, wer die Rechnung links = rechts aufmacht, wer von "rivalisierenden Jugendbanden" spricht, ist mitschuldig an dem sich ausbreitenden Nazi-Terror und nicht zuletzt mitverantwortlich für ein Klima, das es ermöglicht, daß es überhaupt zu einem solchen Polizeieinsatz kommen konnte, der am Freitag Connys Tod verursachte.

Es sind gerade diejenigen, welche von einer großen Koalition der etablierten Parteien, der bürgerlichen Medien, der Polizei und Justiz als "linke Chaoten" und "anarchistische Gewalttäter" diffamiert werden, die mit vielfältigen Aktivitäten versuchen, der Ausbreitung des Faschismus etwas entgegenzusetzen. Gerade diese am meisten verteufelten Menschen - Juzi-BesucherInnen und Autonome - sind es, die neben einigen anderen Menschen gerade in den letzten Monaten versucht haben, in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen über faschistische Aktivitäten und Hintergründe aufzuklären und gerade auch junge Menschen davon zu überzeugen, daß Faschismus und Rassismus keine Lösung darstellen, um mit den eigenen, in Wirklichkeit aber von der Gesellschaft verschuldeten Problemen fertig zu werden.

- So hat es verschiedene Flugblattaktionen in der Nikolaistr. gegeben, um das mit den Skinheads sympathisierende Umfeld zu erreichen. Unter anderem dadurch ist es gelungen, zu einem Großteil der Jugendlichen Kontakt zu bekommen. Mittlerweile sind viele dieser Menschen mit uns gegen die Faschisten aktiv. Wir haben ein Flugblatt erstellt, das an jeden Göttinger Haushalt verteilt wurde und detailliert unsere Überlegungen zu den Ursachen des sich immer weiter verbreitenden Faschismus und Rassismus darstellt.
- So gibt es mittlerweile ein "AntiFa-Jugendcafe" im Juzi, das viele SchülerInnen besuchen um zu klönen, Spaß zu haben, aber auch um zu überlegen, wie wir gemeinsam gegen die Nazis aktiv werden können.
- So gibt es viele SchülerInnen unter uns, die versuchen, an den Schulen antifaschistischen Widerstand zu organisieren. Andere Leute organisieren mit LehrerInnen zusammen antifaschistische Unterrichtseinheiten.
- So gibt es StudentInnen, die an der Universität gemeinsam mit der Fachschaftsräteversammlung und dem Allgemeinen Studentenausschuß ErstsemesterInnen über die faschistischen Aktivitäten informieren und mit ihnen über mögliche Gegenmaßnahmen diskutieren.
- So gibt es auch Menschen unter uns, die in Betrieben arbeiten und dort versuchen, die KollegInnen über die faschistischen Aktivitäten aufzuklären.
- So haben wir zusammen mit anderen Gruppen Demonstrationen gegen Faschismus und Nazi-Terror organisiert, zuletzt die Demonstration anläßlich des 51. Jahrestages der Nazi-Pogrome gegen Juden am 9.11. mit über 1.000 TeilnehmerInnen, die bezeichnenderweise von den bürgerlichen Medien völlig totgeschwiegen wurde.

**Am Sonntagabend wurde ein Passant, welcher die Mahnwache beobachtet hat, irrtümlich für einen Zivilpolizisten gehalten und verprügelt.
Wir glauben, daß aus dem Flugblatt hervorgeht, welcher ständigen Repression wir von Seiten des Polizei-Apparates ausgesetzt sind, und wie es daher dazu kommen kann, einen harmlosen Passanten für einen jener Büttel zu halten, die Conny's Tod zu verantworten haben.
Wir möchten an dieser Stelle noch einmal klar sagen, daß es unserem autonomen Politikverständnis widerspricht, daß Unbeteiligte bei unseren Aktionen Schaden nehmen. Wir, das Autonomen-Plenum vom 20.11.89 bedauern deshalb diese und ähnliche Vorfälle.**

Wir werden die Nazis weiter bekämpfen.

Aus all dem folgt, daß wir uns nur selbst organisieren können. Wir gehen auch selbst auf die Straße, weil wir immer wieder erfahren müssen, daß es die einzige Möglichkeit ist, uns und andere vor den Nazi-Angriffe schützen zu können - nicht weil es uns Spaß macht, Wochenende für Wochenende Gefahr zu laufen uns mit den Faschisten auseinandersetzen zu müssen und dann noch von der Polizei wegen unserer aktiven Verhinderung des Naziterrors verfolgt und bespitzelt zu werden, so daß wir gezwungen sind aufzupassen, nicht erkannt zu werden. Wir wollen keine Angst verbreiten sondern dafür sorgen, daß niemand Angst haben muß durch die Stadt zu gehen. Wir müssen und werden dies jetzt verstärkt tun und fordern alle Menschen auf, sich mit ihren Mitteln und Möglichkeiten daran zu beteiligen:

- mit offenen Augen nach Nazis Ausschau halten
- Beobachtungen zu melden (Juzi-Telefon 74557)
- sich selbst zu organisieren
- nicht vorbei zu gehen, wenn sie Nazi-Angriffe sehen (jedeR hat damit zu tun)
- Menschen zu schützen, die gegen Nazi-Angriffe vorgehen.

V.i.S.d.P.: K. Schulz, Groner Landstr.9a, 3400 Göttingen

Volkssport

wir haben am Sonntagabend (19.11.) unsere Trauer um "Conny" in Wut verwandelt: Bei der VW-Niederlassung Marrjnnen Ecke Skalitzer hinterliessen wir mindestens 10 Totalschäden durch Hammerwirkung und die Parole "Mord in Göttingen". Trotz des allfälligen Sachschadens war nichts davon in der Presse. vermutlich schweigen sie noch weitere Aktionen BRD-weit tot. VW + seine Filialen liefert den Bullen hierzulande und faschistoiden Regimes weltweit (wie zB nach El Salvador) Nutzfahrzeuge.

Rache für Conny

GEGENDARSTELLUNG:

besser zugehört,ist nur halb so viel gekotzt !

betrifft: INTERIM NR.70 ANTIFA-FESTIVAL

KLARSTELLUNG:

ohne die subjektive wahrnehmung der frau in frage,oder die vielleicht berechtigte wut über situationen beim antifa-festival als unberechtigt hinstellen zu wollen,ist es notwendig hier ein paar dinge richtig zu stellen !
wenn in dem brief der frau halbwahrheiten,mit unwahrheiten und tatsächlichen geschehnissen zusammengeschmissen werden,wird aus konstruktiv gemeinter kritik DEMAGOGIE !
es geht um die angeblichen äusserungen von "mensi" dem sänger der upstarts.
aufgrund eines tondokuments (livemitschnitt) sind wir in der lage die tatsächlich gemachten aussagen den unterstellten gegenüberzustellen !
es wird behauptet eine aussage wäre:
"nazis,fascists of the whole world - we fuck you".richtig ist,das gesagt wurde:
"the next song is a dedication to all the nazis in germany,england,its called,"fuck off and leave me alone".
es geht in dieser aussage weder darum das nazis gefickt,vergewaltigt oder sonst wie gewaltätig bekämpft werden sollen,sondern das sie sich verpissen und uns alleine (in ruhe) lassen sollen !
desweiteren ist von "simplen" politischen botschaften "against the fucking army,the fucking soldiers in the world" die rede.richtig ist, daß in dem zusammenhang mit "soldiers & army nicht ein einziges mal das wort "fucking" verwandt worden ist,sondern das dieses sogar dem politischen selbstverständnis des sängers und den inhaltlichen sinn des songs "last night another soldier" entgegenstehen !in dem lied gehts um das sinnlose sterben von jungs aus der arbeiterklasse,die als soldaten für die interessen der herrschenden in kriegen verheizt werden !
desweiteren sind die sogenannten "simplen" politischen botschaften, kurze erklärungen vor songs,die z.t. wesentlich inhaltlicher sind !.
es sei darauf hingewiesen,das es sich bei den upstarts um sozialistische musiker,bzw. liedermacher,und keineswegs um autonome diskussionspapierschreiber aus kreuzberg 36 handelt.

nun zu dem heikelsten punkt:im zusammenhang mit maggie thatcher soll der sänger gesagt haben "das ist ja wohl klar,was wir mit der machen".
das ist falsch !!! die tatsächlich gemachte aussage zu m.thatcher ist:
"its a song about m. thatcher,she`s a big fucking pig`n bastard",was sinngemäß bedeutet,"sie ist ein großer dreckiger schweinebastard".
dieses aussage wurde beim song "woman in desguise",frau in verkleidung oder sinngemäß "hinter falscher fassade oder mit gespaltener zunge reden" gemacht !weder in der aussage noch in dem song selbst ist irgendwo von gewalt gegen thatcher oder frauen,erst recht nicht von vergewaltigung die rede !
an dieser stelle sei darauf hingewiesen,das daß wort fuck im englischen wie viele andere worte auch mehrere bedeutungen hat ! "fuck off" würde übersetzt "fick auf" bedeuten,wird jedoch als "verpiss dich" oder "hau ab" benutzt !"fucking" wird oft gleich bedeutend wie "dreckig" oder "verflucht"verwendet !"this fucking world" "fucking bullshit" und wird von frauen genau wie von männern umgangssprachlich benutzt !
das heißt nicht das wir das geil finden,aber dann müssen wir ne`auseinandersetzung über sexistischen sprachgebrauch im allgemeinen führen,und nicht nem`"bierbäuchigen,stiernackigen" älteren herrn die antifaschistische gesinnung absprechen !

auch im zusammenhang mit dem lied zu den streikenden bergarbeitern, scheint ein wenig mehr als nur ein missverständnis vorzuliegen ! es muß ein gehöriges maß an unterstellung dabei sein,dem sänger hier die aufspaltung der frauen in huren & mütter unterzujubeln !
o-ton mensi: "dieses lied ist für die miners die ein jahr lang im aus-

stand waren,gegen die regierung,die armee,die polizei,aber nicht nur für die männer,sondern auch für die frauen,die ein jahr lang ohne geld und unterstützung ihre kinder versorgt haben."
klar,das es in der aussage auch um die klassische frauenrolle geht, frauen,die für die versorgung der kinder zuständig sind.klar,aber auch das im kampf der bergarbeiter die frauen tatsächlich auch einen großen teil der reproduktionsarbeit geleistet haben ! so bedauerlich wir das finden mögen,aber der kern der aussage ist eine zustandsbeschreibung,in der nicht heroisierend der kampf der bergarbeiter beschrieben wird,sondern es wird auch klargemacht,das es nicht sie alleine waren,die es möglich gemacht haben,so lange zu kämpfen !

um mißverständnissen vorzubeugen !es geht hier nicht darum den sänger der "upstarts" zu verteidigen ! oder um die diskussion,ob er ein macker ist oder nicht.es geht um die genauigkeit in der politischen auseinandersetzung !
in dem brief der frau wird assoziiert,das der mann auf der bühne verantwortlich gemacht werden soll für`ne vergewaltigung und sexistische anmache am oder im tempodrom !
zitat: das schlimme "ist das bei solchen veranstaltungen typen wie der von den upstarts bei den anwesenden typen genau die gleiche sexistische energie freisetzt ! kein wunder,wenn frauen nach solchen veranstaltungen angemacht oder vergewaltigt werden !"
es wäre richtiger die frage aufzuwerfen,wie sone hämmer überhaupt bei veranstaltungen,wo fast 3000 menschen rumrennen möglich sind ! oder das wir alle ne mitverantwortung füreinander haben,und das es unser aller gleichgültigkeit,unaufmerksamkeit ist,die sone schweinereien möglich machen !

einige aus der festivalvorbereitung

9. Neuköllner Kiez Flugschrift

November 89

Mietkampf statt Senatskrampf !

Gegen rassistische Spaltung,. für gemeinsamen Widerstand gegen Mietausbeutung !

Die Wohnungsnot in Berlin ist Thema geworden. Spätestens seit dem die steigende Zahl an aus- und übersiedelnden Menschen in den Medien Thema Nr. 1 geworden ist, wird es immer deutlicher, daß es auch für diese Menschen kaum eine freie und bezahlbare Wohnung geben wird. Übersiedlerlnnen in Turnhallen, Studentlnnen in Tennishallen, Flüchtlinge in Containern, die Obdachlosen in die U-Bahn. Und über die kombinierte Berichterstattung von "Flüchtlingsströmen" und Wohnungsnot wird hier der Eindruck vermittelt, die Aus- und Übersiedlerlnnen wären jetzt an der Wohnungsnot schuld. Hier soll abgelenkt und gespalten werde.

Wohnungsnot ist schon seit langem Alltag für die meisten Menschen mit geringen Einkommen und für Ausländerlnnen und Familien mit Kindern. Diese Wohnungsnot war bisher selten Thema in der Öffentlichkeit oder gar ein Anliegen der Herrschenden im Lande. In einer Gesellschaft, die bewußt wertlose" Menschen ausgrenzt, in der 40% der Bevölkerung ein Drittel und mehr ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen, sind Sozialhilfeempfängerlnnen, Arbeitslose, Rentnerlnnen eher lästig. Sie verfügen nicht über das nötige Einkommen, um für die Wohnungswirtschaft von Interesse zu sein.

Dies hat sich auch unter dem Rot-Grünen Salat nicht geändert. Schauen wir uns mal die wieder in Betrieb genommene Regierungspartei SPD an: Die Wohnungsnot mit der der jetzige Senat zu "kämpfen" hat, ist nicht nur ein Produkt der 8 Jahre CDU/FDP-Regierung. Diese Wohnungspolitik hat die SPD in ihrer langjährigen Regierungszeit konsequent mitproduziert, durch eindeutige Politik im Sinne des Kapitals. Sie haben geholfen, den Häuserspekulanten ihre Profite zu sichern:

- Zustimmung zur Aufhebung der Mietpreisbindung im Abgeordnetenhaus.
- Schaffung von Steuervorteilen beim Kauf von Eigentumswohnungen (die meist vorher Mietwohnungen waren)

Stetige Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus schon in den 70er Jahren.

- Korruption, Verstrickung mit dem Bausumpf.
- Kahlschlagsanierung, Stadtteilzerstörung und Mieterlnnenvertreibung wie z.B. im Rollbergviertel, wo 3000 Wohnungen vernichtet wurden.

Diese Liste ließe sich noch fortsetzen. Klar wird jedenfalls: Wohnungsnot und Reallohnkürzungen durch Mietausbeutung sind keine zeitlich auftretenden "Phänomene", sondern eine Grundlage dieses Systems. Gebaut wird nicht, um das Grundbedürfnis Wohnen mit bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnraum zu versorgen, sondern um soviel Geld wie möglich zu verdienen.

MIETSTREIK ORGANISIEREN
SABOTIERT IHRE PLÄNE
KOMMT REIN!

besetztes, jetzt abgerissenes Wohnhaus Sylterstr.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen ist also alleine abhängig vom Profitstreben der Wohnungsbaumafia - Wahnsinn aber mit Methode. Ein gegen diese Ursachen der Wohnungsnot gezieltes Vorgehen des Senats ist nicht zu erwarten: egal weiche Parteien gerade die Rolle der Regierung im parlamentarischen Theater spielen.

Schöne Reden vom Zusammenrücken sind ein Hohn gegenüber denjenigen, die sowieso nur 15 qm Fläche bewohnen. Die Gutverdienenden in den übergroßen Wohnungen werden diesen Apell kaum umsetzen, denn Wohnungsnot ist immer noch eine Frage des Einkommens. Teuere Wohnungen gibt es genug, und Spitzenverdienerlnnen haben mit Mieten von 2-4000 DM oder mehr keine Probleme. Für Yuppies, Aufsteigerlnnen, alte und neue Reiche werden immer mehr kleine und billige Wohnungen vernichtet, in der Amtssprache heißt das: zusammengelegt. In den größeren Wohnungen ziehen dann eben nicht die ausländische Familie, Wohngemeinschaften oder andere Leute, die eine große Wohnung wirklich brauchen. In diese Wohnung zieht dann ein Single mit Geld, der teuere Mieten nach Modernisierungen problemlos zahlen kann. Auch für den AL-nahen finanzkräftigen Mittelstand ist es schick, alleine oder zu zweit eine 4-5 Zimmerwohnung z.B. in Kreuzberg zu mieten. Aber nicht nur durch verteuernde Zusammenlegung wird billiger Wohnraum vernichtet: 100000 (!) Wohnungen verschwinden bundesweit und in West-Berlin jedes Jahr; davon 20000 durch Abriß und 80000 (!!) durch Umwandlung in Büros, Anwaltspraxen usw.. Tausende von Mietwohnungen gehen durch Umwandlung in Eigentumswohnungen verloren. Der jetzt völlig zum Erliegen gekommene soziale Wohnungbau deckte zuletzt nicht einmal mehr die Anzahl der Wohnungen ab, die jährlich aus der Sozialbindung herausfallen. Sie werden meist empfindlich teurer oder gleich als Eigentumswohnung verkauft. Außerdem wird uns vom Senat der Dachgeschoßausbau angepriesen, doch wer kann schon 14 DM und mehr pro qm bezahlen?

Reichlich mit öffentlichen Geldern wurde immer schon die Mieten verteuenden Modernisierungen bedacht - was praktisch heißt:

erst kriegt die Baumafia Steuergelder dafür daß sie billigen Wohnraum leerstehen läßt, und danach läßt sie sich die Vernichtung des billigen Wohnraums vom Staat bezahlen. Doppelter und Dreifacher Profit - auf wessen Kosten?!

Damit sich die Wut der von der Wohnungsnot und Mietausbeutung nicht gegen die dafür Verantwortlichen richtet, werden nach altbewährter Manier vorgeschobene Feindbilder produziert. Teile und Herrsche, das alte System in neuer Auflage. Erst hieß es *"Die AusläderInnen nehmen uns die Wohnungen weg"* (rassistische Parole der letzten Wahlkämpfe), jetzt kommen noch die Aus- und Übersiedlerlnnen dazu, die angeblich "Schuld" seien. All diese Menschen nehmen uns wahrlich keine Wohnungen weg! Wovon abgelenkt werden soll ist, daß seit Jahrzenten billiger Wohnraum in gewachsenen Nachbarschaften zerstört wird. Die in dieser Situation geschaffene Angst, bei Kündigung keine neue Wohnung mehr zu finden, ist das größte Geschäft der Mietausbeuter. Dies führt dazu, daß sich viele nicht mehr trauen, sich gegen Mietausbeutung, Hausverfall, rassistische und sexistische Diskriminierung durch Hausbesitzer zu wehren. Dazu kommt bei vielen Mieterlnnen Unkenntnis über die bescheidenen legalen Widerstandsmöglichkeiten (das sogenannte "Mietrecht") und Scheu davor, sich aus der Isolierung herauszubegeben und mit Nachbarlnnen, Kolleglnnen etc. zusammen zu überlegen, wie wir unsere Angst durchbrechen können. Denn auch die Politiker und die Spekulanten haben Angst, nämlich die Angst, daß wir unsere Angst verlieren. Das wir uns zusammenschließen in eine große nicht zu überhörende ***MieterInnenbewegung.***

Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen! Rücken wir nicht zusammen, sondern gemeinsam den Wohnraumvernichtern und Mietausbeutern auf die Pelle - im Grunewald in ihren Villen, am Ku'damm in ihren Maklerbüros, in den Rathäusern.

HÄNDE WEG ... WEISE 48
Spekulanten enteignen

Demonstration am 1.4.89 in Neukölln

Ein Treffpunkt für MieterInnen die sich gemeinsam wehren wollen ist seit längerem die ***MieterInnenversammlung**, jeden **2. Mittwoch** im Monat um **19 Uhr** im **Stadtteilladen** LUNTE, Weisestr. 53 (U-Bhf Boddinstr.).* Wir wollen uns dort über Praktiken einzelner "Hausbesitzer" austauschen, Widerstand entwickeln und versuchen eine ***MieterInnenbewegung*** aufzubauen - für die ***Enteignung aller "Hausbesitzer" und für die Selbstverwaltung der Häuser***. Wir wollen nicht nur diskutieren, sondern auch Aktionen planen, wie z.B. Aktionstage oder Kampagnen gegen Mietausbeutung und Spekulantentum. Die nächste ***MieterInnenversammlung*** ist am ***13.12.89.***

Außerdem gibt es jeden ***Miettwochnachmittag von 16 - 19 Uhr ein MieterInnencafe***, im ***Stadtteilladen LUNTE***, wo wir Euch oder Ihr uns informieren könnt, über Widerstand in Häusern, über Modernisierungpraktiken, über Besitzerstrukturen, über Leerstand usw.. Ihr könnt uns auch gerne Informationen schicken. Zu erreichen sind wir über den *Stadtteilladen* LUNTE (Weisestr. 53, 1-44).

Warten wir nicht auf bessere Zeiten, sorgen wir dafür das sie kommen !!!

Anarchistisches Stadteilkomitee

Anarchismus

Viele Menschen verstehen unter Anarchismus immer noch Chaos und die Macht des Stärkeren. Bei der herrschenden Medienlandschaft auch kein Wunder, haben die Herrschenden doch ein Interesse daran, daß die Menschen nicht anfangen für die Verwirklichung einer herrschaftsfreien Utopie zu kämpfen. Und was Anarchismus wirklich heißt wissen sie:

Mit Anarchsimus (griech.: anarchia, ›Herrschaftslosigkeit‹) werden Theorien und Utopien einer freiheitlichen Gesellschaft ohne Herrschaft und Gewalt von. Menschen über Menschen bezeichnet. Diese absolute Freiheit ist das Ziel sozialrevolutionärer Bewegungen, die alle politischen und gesellschaftlichen Zwangsmittel und Zwangsordnungen abschaffen wollen. In einer Revolution soll vor allem der Staat sofort aufgelöst werden. In der an seiner Stelle tretenden anarchistischen Gesellschaftsordnung soll das Zusammenleben der Individuen auf freier Übereinkunft -Selbstverwaltung- beruhen.

Dieses Zitat stammt aus dem Handlexikon zur Politikwissenschaft, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung.

MieterInnen aus der Flughafenstraße

Wir, MieterInnen des Eckhauses Flughafenstr. 31/Reuterstr. 95, wollen etwas über die Situation in unserem Haus erzählen.

Im November 88 wurde dieses Haus zusammen mit den Häusern Flughafenstr. 33, 35, 37, 39 und Mainzerstr. 29 von der Firma **IMCON**-Konzeptionsgesellschaft für Immobilienanlagen mbH gekauft. Diese stellte uns die Firma **IHS**-Planungsgesellschaft mbH vor, die als Treuhänder des Senators für Bau- und Wohnungswesens eine Modernisierung nach dem "Wohnbesitzprogramm" durchführen will, welche von einer Fassadenerneuerung bis hin zu Grundrißänderungen reicht.

Ursprünglich sieht das Programm einen Verkauf der Wohnungen an die MieterInnen vor, jedoch läuft faktisch eine simple spekulative Modernisierung! IMCON kassiert doppelt: durch 80% Zuschüsse vom Senat und von den MieterInnen.

Bei uns ist klar, daß niemand die Wohnungen kaufen kann/will. Das von IHS vorgestellte Konzept ist total lückenhaft: die Baumaßnahmen sind nicht genau erläutert, Hinweise auf Umsetzwohnungen und Baubeginn sind nicht angegeben. Die MieterInnen werden zu Einzelgesprächen geladen und sollen "überzeugt" werden. Dagegen haben wir Ende September eine unabhängige Hausversammlung organisiert: auch wenn nicht alle kamen, haben sich doch ein paar Mietparteien zusammengefunden, die die geplante Modernisierung ablehnen und sich dagegen wehren wollen.

Weil wir uns aber erst so spät zusammengesetzt haben (trauriger Anlaß war der Selbstmord einer älteren Frau im Haus), hatten einige bereits der Modernisierung zugestimmt und unterschrieben. Wir haben gelernt: wichtiger als das Verteilen von Flugblättern ist das frühzeitige Zusammensetzen aller Betroffenen, um sich über die Situation im Haus auszutauschen und über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten, gerade um der Vereinzelungstaktik der IHS durch Ausnutzung des Ohnmachtsgefühls und sich-nicht-wehren-können entgegenzutreten.

Laternenspaziergang

Am Freitag, den 10.11.89, fand ein von der MieterInnenversammlung Neukölln organisierter Laternenspaziergang statt. Unter dem Motto: ***Spekulanten, wir werden euch heimleuchten!,*** zogen 30 Leute in guter Stimmung durch den Wissmannkiez und hinterließen an 12 bekannten *Sanierungsleichen* Grablichter und Plakate. Wegen seines ungewöhnlichen Erscheinungsbild erhielt der kleine Demozug große Aufmerksamkeit und die verteilten Flugblätter wurde mit Interesse entgegengenommen. Die Liste mit den 12 *Sanierungsleichen* gibt es im Stadtteilladen *LUNTE*, Weisestr. 53.

"Unsere" Sprache

Warum tauchen in der Neuköllner Kiez Flugschriften eigentlich die weiblichen Wortendungen auf, wie z.B. MieterInnen? In der deutschen Sprache werden meist die Frauen einfach weggelassen: "die Mieter, die Arbeiter, usw." heißt es. Dabei sind die Frauen angeblich genauso mitgemeint. Es ist einfach selbstverständlich, daß sie aber nicht erwähnt werden. Darin drückt sich die "Unsichtbarkeit" von Frauen in dieser Gesellschaft aus und die "natürliche" VorHERRschaft von Männern (Patriarchat). Die Sprache ist für uns nur ein ganz kleiner Teil dieses Unterdrückungsverhältnisses, die Benutzung der weiblichen Endungen nicht mehr als symbolisch - real ändert es noch nichts. Doch wenn Frauen jetzt immer stärker darauf bestehen, auch in der Sprache wenigstens mitgenannt zu werden, dann heißt das, Frauen lassen es sich nicht mehr länger gefallen nur indirekt gemeint zu sein und wollen damit die "Unsichtbaren" sichtbar machen. Natürlich dürfen wir dabei nicht Halt machen!

Weisestraßenfest

Am 22. Juli 89 fand in der Weisestraße ein Straßenfest "für die Selbstorganisierung im Kiez - gegen Stadtteilzerstörung und Mietausbeutung statt. Das Fest wurde größtenteils von Neukölln-Initiativen und Projekten getragen, die sich trotz polizeilichen Verbots, nicht den Raum zum feiern nehmen ließen.

Auf dem Hof der Weisestr. 48, die akut vom Abriß bedroht ist, gab es Informationen, Musik und tolles Essen. Dabei kam ein Überschuß in Höhe von 850 DM zustande. Davon gingen 600 DM, wie im Vorfeld geplant, an eine ausländische Initiative die antirassistische Arbeit im Kiez betreibt. Der Rest ging an den Stadtteilladen *LUNTE*, für die weitere politische Arbeit. Leider war die Beteiligung von ausländischen Menschen gering.

Das ärgerlichste war jedoch, daß das Fest wegen eines Dachstuhlbrandes im Hinterhaus der Weisestr. 47 vorzeitig beendet werden mußte. Dieser Brand war kein "Zufall", sondern Brandstiftung. Weitergehendes Ergebnis ist, daß ein Mieter, wegen des großen Wasserschadens in seiner Wohnung, entnervt ausgezogen ist. Mittlerweile ist das 4 Monate her und das Dach ist immer noch Baustelle. Der Eigentümer der Weisestr. 47 ist übrigens **Henning Conle**, einer der größten privaten Hausbesitzer der BRD.

V.i.S.d.P H.Witzka
Britzer Damm
1000 Berlin 44

INFOS ÜBER DIE HÄUSER IN DER LÜBBENER STR.

Also hier nun die langersehnten Daten über die Häuser in der Lübbener-strasse 27-29.

Zuerst eine kurze Begriffserklärung wie die Listen zu lesen sind:

Zwischenumgesetzt, evt. umgesetzt d.h. die Mieter sind ausgezogen. es ist nicht klar ob sie wieder zurückziehen werden oder in den dortigen Wohnungen bleiben.

Endumgesetzt d.h. die Mieter bleiben in ihren Umsetzwohnungen wohnen.

Gekündigt d.h. nach den ewigen Nervereien mit der BeWoGe hatten die Mieter keinen Bock mehr, und haben selbst gekündigt.

Wurden gekündigt d.h. die BeWoGe hat (z.B. wegen Mietrückständen) die Mieter fristlos gekündigt oder zwangsräumen lassen.

Bei einigen Wohnungen ist aus den Daten nicht ersichtlich, ob und wann die alten Mieter wieder zurückkehren. Klar ist allerdings, daß fast die Hälfte der Wohnungen durch Kündigungen leergemacht worden sind. Wir sind der Meinung, daß keine Namen notwendig sind um einen vorläufigen Überblick zu kriegen.
Nähere Informationen zB. Hintergrundmaterial über Kündigungsgründe folgen in Kürze.

UnterstützerInnen

LÜBBENERSTR. 29 Vorderhaus

1 V Eg-li - Mieter hat selbst gekündigt - seit 9.85 leer
2 V Eg-re - Mieter ausgezogen - seit 85 leer
3 V 1.-li - Mieter umgesetzt - ab 10.1989
4 V 1.-re - Mieter umgesetzt - ab 10.1989
5 V 2.-li - Mieter umgesetzt - ab 14.6.1989
6 V 2.-re - Mieter wurde geräumt - seit 25.8.88 leer
7 V 2reMi - Mieter hat gekündigt - seit 3.6.88
8 V 3.-li - Mieter wurde evt. umgesetzt - ab 19.10.89
9 V 3.-re - Mieter wurde umgesetzt - ab 24.11.88
10V 4. re - Mieter wurde evt. umgesetzt - ab 14.12.88
11V 5. li - Bewohnt

LÜBBENERSTR. 29 Hinterhaus

1 HH 1EG.li - Leerstand - ab 29. 7.88
2 HH 1EG.re - Leerstand - ab 6.2.85
3 HH 1EG.Mr - Mieter wurde umgesetzt - ab 1.11.89
4 HH 1. li - Mieter wurde umgesetzt - ab 20.12.88
5 HH 1. Mi.li - Mieter hat gekündigt - ab 26.10.88
6 HH 1. Mi.re - Mieter hat gekündigt - ab 31.8.87
7 HH 1. re - Mieter hat gekündigt - 31.4.1987
8 HH 2. li - Mieter wurde umgesetzt - ab 11.11.88
9 HH 2. Mi - Mieter wurde umgesetzt - ab 1.11.88
10 HH 2.re - Bewohnt
11 HH 3.li - Umgesetzt - ab 3.11.89
12 HH 3.Mi.re - Mieter wurde geräumt - seit 5.8.87 leer
13 HH 3. re - Mieter hat gekündigt - ab 11.5.88
14 HH 4. li - Mieter wurde umgesetzt - ab 12.9.89
15 HH 4. re - Bewohnt
16 HH 5. li - Mieter wurde umgesetzt - 1.11. 88
17 HH 5. Mi - Mieter wurde umgesetzt - 13.12.88
18 HH 5. re - Mieter wurde umgesetzt - 8.9.89

Lübbenerstr.27 Vorderhaus!

1.VH EG,li - Mieter hat selbst gekündigt . ab 1.9.86 leer
2.VH 1.Stck. li - Mieter hat Umsetzwohnung ab 14.6.89
3.VH 1.re - Mieter hat selbst gekündigt ab 11.5.89
4.VH 2.li - Mieter hat selbst gekündigt ab 31.3.87
5.VH 2.re - Mieter wurde zwangsgeräumt ab 20.5.88
6.VH 3.li - Mieter hat Umsetzwohnung ab 3.10.88
7.VH 3.re - Mieter hat evtl. Umsetzwohnung ab 10.10.89
8.VH 4.li - Mieter hat Umsetzwohnung ab 6.8.89
9.VH 4.re - Mieter hat Umsetzwohnung ab 11.8.89
10.VH5.li - Mieter wohnt noch da
11.VH5.re - Mieter wohnt noch da

Lübbenerstr.27 Quergebäude!

1.Q EG li - Vormieter unklar - ewig leer
2.Q EG mi - Vormieter unklar - ab 27.5.86 leer
3.Q EG re - Vormieter unklar - ab 6.2.85 leer
4.Q 1.Stck.li - Mieter hat Umsetzwohnung ab 7.11.89
5.Q 1.mi - Mieter hat selbst gekündigt ab ?
6.Q 1.re - Mieter wurde zum 15.9.89 fristlos gekündigt
7.Q 2.li - Mieter wohnt evtl noch da — wohnt evtl. noch da
8.Q 2.re - Mieter verstorben ab 1.6.87 leer
9.Q 3.li - Mieter wohnt noch da.
10.Q3.re - Mieter hat selbst gekündigt ab 31.7.87 leer
11.Q4.mi - Mieter hat Räumungsvereinbarung unterschrieben - 12.1988
12.Q4.li - Mieter hat Umsetzwohnung ab 5.89
13.Q4.re - Mieter hat gekündigt - ab 2.1987 leer
14.Q5.li - Mieter hat evtl. Umsetzwohnung - ab 11.1988
15.Q5.re - Mieter gekündigt ab 1.1989 leer

LÜBBENERSTR. 28 Vorderhaus

1VEg. li - Mieter wurde gekündigt - seit 30.6.87 leer
2V1.li - Mieter wurde zwischenumgesetzt - 1.11.88
3V1.re - Mieter wurde zwischenumgesetzt - 7.7.89
4V2.li - Mieter ist gestorben
5V2.re - Mieter wurde zwischenumgesetzt - 9.5.89
6V3.li - Mieter wurde zwischenumgesetzt - 9.5.89
7V3.re - Mieter wurde endumgesetzt - seit 6.6.89
8V4.li - Mieter wurde umgesetzt [evtl.] - 5.6.89
9V4.re - Mieter wurde umgesetzt || - 8.5.89
10 V 5.li - Mieter wurde zwangsgeräumt ! - seit 4.3.88 leer
11 V 5.re - Mieter wurde umgesetzt [evtl.] - 18.9.88

LÜBBENERSTR. 28 Quergebäude

1 Q Eg.re - Leerstand seit 6.2.85
2 Q Eg.li - Mieter wurde gekündigt - seit 20.9.88 leer
3 Q 1li - Mieter wurde endumgesetzt - ab 11.10 88
4 Q 1Mi.li - Mieter wurde endumgesetzt - ab 21.2.89
5 Q 1Mi.re - Mieter wurde umgesetzt [evtl.] - 31.5.89
6 Q 1re - Mieter hat gekündigt - ab 27.10.88
7 Q 2li - Mieter wurde endumgesetzt - ab 30.6.88
8 Q 2Mi - Mieter wurde endumgesetzt - ab 7.7.89
9 Q 2re - Mieter hat gekündigt - ab12.11.86 leer
10 Q3Mi.li - Mieter wurde endumgesetzt - ab 1.12.88 leer
11 Q3 r. - Mieter wurde zwischenumgesetzt - ab 25.10.88
12 Q4Mi.li - Mieter hat gekündigt - ab 26.7.88 leer
13 Q 4 re - Mieter hat selbst gekündigt - ab 8.1.87 leer
14 Q 5 re - Mieter hat gekündigt - ab 3.89

OSI wieder B*SETZT

OB KREUZBERG ODER DAHLEM - DIE HERRSCHER WERDEN ZAHLEN!

Gegenuni!!!
1.12 - 3.12. 89

In diesen Tagen, am 1.12., begehen wir den 1. Jahrestag der (leider nur vorrübergehenden) Be-freiung und Besetzung der Unis.
Diesen Tag nehmen wir uns zum Anlaß, das OSI wieder zu besetzen!
- zumindest für drei Tage.

Wir wollen uns den Freiraum nehmen, um

- Rückschau zu halten, was im Streik und danach gelaufen ist und um andere zu informieren und Erfahrungen gemeinsam zu diskutieren
- diese Erfahrungen mit Leuten aus anderen (Fach-)Bereichen auszutauschen
- Perspektiven fürs Weiterleben, -arbeiten an der Uni entwickeln zu können - gerade nicht in Vereinnahmung durch Gremien und sonstige Integration...
- Ideen, Initiativen zu finden mit der aktuellen Situation und unseren Lebens-und Studienbedingungen gerade nicht nur an der Uni gebührend umgehen zu können
- und natürlich, um Leute zu treffen und zu feiern und feten
- also, um unserer Wut Ausdruck, Inhalt und hoffentlich auch Perspektiven zu geben!!!

Wir laden ein zur Veranstaltung am 1.12 um 15°° (HSB, IHNE 21)

zur Fete um 20°°

Schlafsäcke mitbringen!!!

es wird eine Streik-DOKU geben...!!!

WO BLEIBEN DIE FRAUEN BEI DEM GROSSEN AUFBRUCH IN DER DDR ?

Trotzdem Frauen in der DDR (trotz gegnläufiger Propaganda) keinesfalls gleichgestellt sind, ist das Angehen gegen patriarchale Frauenunterdrückung kaum Thema, weder für die Parteireformer noch für die oppositionellen Gruppen. Auch hier gibt es in der ganzen Auseinandersetzung um die Veränderungen in der DDR nur wenige, die sich auf die Situation der Frauen dort beziehen.

Die oppositionellen Gruppen haben zu dem ganzen Komplex bisher kaum etwas zu sagen gehabt:

- Die Vl führt in ihrer Charakteristik "einer Gesellschaft sozialistischer Freiheit" zwischen Antistalinismus, -faschismus, -kapitalismus, -rassismus, (..) den Antisexismus nicht auf (Böhlener Plattform); sieht (auf Nachfrage) das Fehlen von z.B. Diskussionen über "die Frage der Reproduktionsarbeit (..) als Riesenmanko" und daß sich "die Linke von ihrer Männerkultur verabschieden muß".
- Die Initiative für eine grüne Partei sieht den "patriarchalen Charakter der politischen Organisationen", fordert dann aber "uneingeschränkte Gleichberechtigung der Frau auf allen Ebenen...bei bevorzugter Stellung der Frau als Mutter".
- Im neuen Forum gibt es mittlerweile FrauenAGs, die sich noch nicht erklärten.
- der Demokratische Aufbruch sieht "momentan existentiellere ökonomische Probleme".
- Die SDP schreibt sich - ohne weitere Erläuterung - "Gleichberechtigung und Förderung von Frauen" ins Programm.

Aber es gibt sie doch, die Frauen in der DDR, für die patriarchale Frauenunterdrückung ein existentielles Problem ist. Einige von ihnen haben sich seit ca. sechs Wochen autonom inder "lila offensive" organisiert, um zusammen eine Plattform zu erarbeiten, in Kontakt mit anderen existierenden Frauengruppen zu treten und ihre Forderungen breit öffentlich zu machen.
Nachfolgendes Interview wurde mit Vertreterinnen der lila offensive noch vor Fertigstellung ihres Arbeitspapiers geführt; die Frauen betonten, daß die Diskussionen um einige Punkte nicht beendet sind, weitergefüh t werden.
Interview und Arbeitspapier sollen - wie immer - neben dem Vermitteln von Infos dazu beitragen, daß die Diskussion auch hier geführt wird!

(Passagen in Klammern mit* stammen aus anderen Quellen)

- Wie findet ihr es, daß viele Frauen aus dem Westen gekommen sind, um sich das, was ihr macht, anzugucken, und von euch ein Interview wollen?

Es stellt für uns kein Problem dar. Wir freuen uns über Kontakte zu euch, an denen sich auch zeigt, daß diese Frage eine Klassen- und Systemübergreifende ist.

- Wie seht ihr die Situation der erwerbstätigen Frauen? Zwar sind 50% aller Erwerbstätigen Frauen, aber bedeutet allein das schon eine Gleichstellung im Erwerbsleben?

Die Unterbewertung weiblicher Erwerbsarbeit funktioniert bei uns nach anderen Mechanismen als bei euch. Frauen erhalten zwar für die gleiche (konkrete) Arbeit das gleiche Geld, es existieren jedoch typische, von hausfraulicher Tätigkeit ableitbare Berufe, in denen 75% aller weiblichen Erwerbstätigen beschäftigt sind. (Erziehung, Pflege, Diestleistungen u.ä.) Diese Berufe werden um ein Viertel bis ein Drittel schlechter bezahlt als der Durchschnitt. Auch in den anderen Bereichen drückt sich die schlechtere Stellung der Frauen in ihren Positionen innerhalb der Hierarchien aus. (* dazu einige Zahlen: der Frauenanteil bei den Ungelernten beträgt 63%, bei den FacharbeiterInnen 43%, bei den MeisterInnen 13%, Katrin Bastian u.a., Kontext, Herbst'89)

- Welche Gründe seht ihr für diese Situation?

Die Gründe liegen eher im sozialen als im rechtlichen Bereich. Die Bildungsmöglichkeiten sind theoretisch gleich. Inoffiziell gibt es aber auch staatlicherseits eine Steuerung in der Besetzung von Studien- und Ausbildungsplätzen, z.B. sind die Gremien, die über die Vergabe von Studienplätzen entscheiden, von Männern dominiert, die Vergabekriterien nicht einzusehen. Es gibt bestimmte Vorgaben von den Betrieben für die Berufsberatung in Hinblick auf die benötigten männlichen und weiblichen Arbeitskräfte, jeweils unter dem Vorwand von körperlich mehr oder weniger schwerer Arbeit. Dadurch werden Männer und Frauen in verschiedene Bereiche gedrängt, z.B. ist es auch sehr schwer für Männer, eine Ausbildung als Kindergärtner zu erhalten.
Für die hierarchisch niedrige Position von Frauen ist in erster Linie das Bewußtsein im Zusammenhang mit dem staatlicherseits propagierten Bild der Frau als Mutter verantwortlich. Die Hausarbeitsbelastung selbst trägt dazu noch ihren Teil bei, insofern als Frauen, die zu Hause noch eine zweite Schicht schieben, einfach im Beruf im Durchschnitt nicht denselben Einsatz zeigen KÖNNEN, wie ihre männlichen Kollegen. Während in den sechziger bis siebziger Jahren propagiert wurde, daß Frauen gerade auch ausgesprochene Männerberufe ergreifen, zeichnet sich seitdem eine restaurative Tendenz ab, die die Familienrolle der Frau - gestützt durch sozialpolitische Maßnahmen - wieder mehr in den Vordergrund rückt. (*s.u.)

- Welchen Stellenwert hat der Beruf für Frauen?

Die offizielle Lohnpolitik ist darauf angelegt, daß in der Kleinfamilie beide verdienen und sich dabei ergänzen, da in der Regel der Mann mehr verdient als die Frau, d.h. daß die Frau vom finanziellen her die Rolle einer "Dazuverdienerin" hat; andererseits jedoch ist der Beruf für Frauen eine Selbstverständlichkeit und Bestandteil ihrer Identität. D.h., obwohl die finanzielle Situation alleinstehender Frauen schwierig ist, sind sie durch das eigene Einkommen tendenziell finanziell unabhängig und dadurch selbstbewußter. (z.B. reichen überwiegend Frauen die Scheidung ein)

- Wie weit sind Hausarbeit, Kinderbetreuung und soziale Reproduktion vergesellschaftet?

Die Kinderbetreuung während der Arbeitszeit ist durch die fast zu 100% subventionierten Kinderkrippen, -gärten und -horte quantitativ annährend ausreichend. (100% Kindergärten, aber nur 73% Krippenplätze für Kinder) qualitativ unterschiedlich gewährleistet. Es gibt allerdings kein demokratisches Mitspracherecht für Eltern, die Kinder werden unheimlich diszipliniert, die Kreativität regelrecht kaputtgemacht und stark geschlechtsspezifisch erzogen, wobei letzteres wohl auf überwiegend unbewußten Mechanismen basiert. Unserer Meinung nach muß im Zusammenhang der allgemeineren Bewußtseinsbildung dieser Einübung von Rollen unbedingt entgegengewirkt werden.
Die vorhandenen Diestleistungen sind in jeder Hinsicht nicht ausreichend und führen zu keiner Verringerung der Hausarbeit, auch aus einem Wunsch nach mehr Individualität heraus; z.B. wird tendenziell zu Hause immer mehr gekocht, obwohl in Betrieben und Mensen gut für Essen gesorgt wird. Die soziale Repro-

WIR HABEN IN DER NACHT VOM 23./24.11.
DEN AVION-TOURS REISELADEN
GROSSGÖRSCHENSTR. 7 1/61

ZUM STINKEN GEBRACHT UND GLEICHZEITIG
FÜR BESSERE DURCHLÜFTUNG GESORGT.
DER ALTERNATIVE TOUCH HÄLT DIESEN
LADEN NICHT DAVON AB AN BUMSBOMBERREISEN NACH THAILAND ZU
VERDIENEN.
GEGEN FRAUENHANDEL UND SEXTOURISMUS!

ALLEN FRAUEN AM 25.11. EINEN ERFOLGREICHEN AKTIONSTAG GEGEN GEWALT GEGEN
FRAUEN!

VOLXSPORT

VIOLET VIOLENCE

Mit eingeworfenen Scheiben und Sprayparolen gegen Sextourismus

An insgesamt sechs Orten der Stadt haben gestern Unbekannte, offenbar Frauen, mit Sprayfarbparolen, Plakaten und eingeworfenen Schaufensterscheiben gegen den Sextourismus protestiert. Betroffen von den Anschlägen waren nach Angaben der Polizei vor allem Reisebüros und ein Reisebus. Am Mittag drangen 20 mit lilafarbenen und Palästinensertüchern maskierte Frauen in ein Reisebüro am Schöneberger Nollendorfplatz ein. Sie sprühten Parolen an die Wände und rissen Plakate herunter. Als eine Mitarbeiterin des Reisebüros zu telefonieren versuchte, rissen die Frauen das Kabel aus der Wand. Die Mitarbeiterin wurde währenddessen gewaltsam festgehalten. Dann flüchteten die Täterinnen.

In der Brandenburgischen Straße in Wilmersdorf wurde an einem Reisebüro das Schaufenster eingeworfen. An eine Wand wurden Parolen gegen Sextourismus, „Profitgesellschaft und Profitgeier" gesprayt. Ein Reisebus in der Kreuzberger Körtestraße wurde schon gestern früh von Unbekannten mit Farbeiern beworfen. Außerdem wurden Plakate gegen den Sex[illegible] an [illegible]

Zerstückelte Schweineschwänze

Frauenpower auf dem Kudamm beim internationalen Aktionstag gegen Sextourismus und Frauenhandel

Schweineschwänze prangen zerstückelt und auf Draht gezogen an der Haustür. Daran aufgespießt hängt ein Flugblatt gegen Sextourismus und Frauenhandel. Hinter der Tür unterhält ein Heiratsvermittler sein Büro. Sein Geschäft laut Eigenwerbung: »Kontinentale Heiratsbekanntschaften mit Garantie. Weltweite Spezialvermittlung von Damen jeden Alters z.B. Asien (Philippinen), Osteuropa (Polen)«. Den Denkzettel verpaßte ihm am Samstag eine Gruppe johlender und pfeifender Frauen, um zum »Internationalen Frauenwiderstandstag« gegen das Geschäft mit der Prostitution und dem Frauenhandel zu protestieren. Nicht nur bei Heiratshändlern, auch beim Konsulat von Malaysia und verschiedenen großen Reisebüros, die Flüge zu den Sextouristikzentren in Afrika, Asien und Südamerika anbieten, machten sie Krach. Als eine Handvoll Frauen in der Reiseagentur eines großen Kaufhauses eine Theaterszene spielen wollten, schlug der Hausdetektiv Alarm. Fünf Frauen wurden von der Polizei festgenommen, kurze Zeit später jedoch wieder freigelassen.

Ausgedacht hatte die Regeln für die »Stadtspiel«-Aktionen ein Arbeitskreis von Frauen verschiedener Beratungsstellen, Zufluchtswohnungen und autonomer Gruppen. Als im Frühjahr die Ausstellung »Frau als Ware« in der Fabrik an der Osloer Straße gezeigt wurde, entschlossen sie sich, eine Kundgebung zum 25. November zu organisieren. Diesen Tag hatte die philippinische Frauenorganisation Gabriela im vergangenen Jahr erstmals zum internationalen Aktionstag erklärt.

Im Anschluß an das »Stadtspiel« trafen sich mitten im größten Einkaufsrummel am Kranzlereck rund 250 Frauen zu einer Kundgebung. Auch in West-Berlin, so eine Rednerin, machten viele große Reisebüros, aber auch alternative Reiseläden mehr oder weniger unverhohlen in ihren Prospekten Werbung mit Klischees von unterwürfigen, anschmiegsamen Asiatinnen, rassigen Südamerikanerinnen und exotischen Afrikanerinnen. Der Sextourismus komme den Frauenhändlerringen zugute, weil er bei Männern das Bedürfnis wecke, auch zu Hause ständig eine — noch dazu sprach- und hilflose — Frau zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verfügbar zu haben. »Motive« insgesamt — darauf wurde immer wieder hingewiesen — die ihre Entsprechung hierzulande auch in Vergewaltigungen und Unterdrückung von Frauen finden. Die verschleppten Frauen lebten häufig illegal und in völliger Abhängigkeit hier. Eine »gekaufte« Ehefrau hat kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Läßt sich ihr Käufer von ihr scheiden, wird sie abgeschoben. Am Ende der Veranstaltung bedeckten Tausende von bunten Papierfetzen den Platz: Werbeprospekte der Reiseveranstalter, von Frauen zerrissen, die dem Geschäft mit dem Sextourismus den Kampf angesagt haben.

UFFRUF

Seit einigen Monaten gibt es in der M 99 den ♀♀♀tag. Bisher war es ein Rahmen gewesen, in dem ♀♀♀ in männerfreier Atmosphäre kopieren, Broschüren und Bücher anschauen und auch kaufen konnten. Wiel uns das aber nicht reicht, hat sich jetzt ein provisorisches ♀♀♀ Infolädinkollektiv gebildet, das vom M 99-Kollektiv unabhängig arbeitet. Konktet können wir uns vorstellen:

- ♀♀♀infos, -broschüren und -flugiordner besonders offensiv oder ausschließlich Sonntags auszulegen
- Bücherlisten zu bestimmten Themen anzulegen
- Büchertausch-Börsen zu veranstalten, wo ♀♀♀ Bücher untereinander tauschen können
- Infostrukturen der ♀♀♀-szene über die informellen Kontakte hinaus auszuweiten

Da aber weder Bücherlisten noch Infos aus den Gullis kriechen, sind wir darauf angewiesen, daß jede einzelne sich dafür verantwirtlich fühlt, damit ♀♀♀-infos an mehr ♀♀♀ weitergegeben werden.
Eine Infolädin lebt von der Kritik und den Infos, die an sie herangetragen werden!

Außerdem ist es unser ureigenstes Interesse, nicht nur konsumiert zu werden und uns in Handlangerarbeiten zu verausgaben.

Problematisch war bisher schon, daß Sonntags fast gleichzeitig das ♀♀♀-kiezcafe* stattfindet. Wegen internen Zeit- und Kraftmangels, aber auch, weil das gemischte Publikum seit Jahren die ganze Woche den Laden nutzt, wäre es schwierig, den ♀♀♀tag unter der Woche zu machen. Alternativen wären nur der Samstagnachmittag , oderr Sonntags früher aufzumachen.

Wir wollen keine Konkurrenz zum ♀♀♀kiezcafe sein, sondern eher eine praktische Ergänzung, mit allen Möglichkeiten, die der Laden eben hat.

Auf längere Sicht wollen wir nicht nur intensive Kontakte und Zusammenarbeit mit den berliner Infrastrukturen, sondern - hoffentlich auch überregional aufbauen.

* im Falkeladen

Unsrem Motto getreu:

was die eine nicht schafft,

läßt die andere liegen

hoffen wir auf eure Mithilfe,
bei der praktischen Verbreiterung der fäministischen Theorien !!

die Manteuffelinnen

Anschlag auf die BAGS-Hamburg

Wer erinnert sich nicht an die Demonstration der Roma und Sinti vor dem Rathaus am 2.Oktober. Die Polizei hatte das Klinkerwerk in Neuengamme geräumt,und die Busse waren von der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) zum Abtransport bereitgestellt. Aber die Roma zogen mit ihrer Habe die 35 km zum Rathausplatz. Knüppelnde Polizei schlug dort auf Frauen und Kinder ein. Es gab eine Sitzblockade, Decken und Nahrung wurde benötigt. Während der erste Lastwagen aus der Hafenstrasse mit Decken und Matratzen eintraf, äußerte sich SPD-Sozialsenator Ortwin Runde: Erstens seien alle Decken an die Übersiedler aus der DDR ausgegeben worden. Und selbst, wenn er welche hätte, er würde sie den Zigeunern nicht geben.

Das Zusammenspiel zwischen Runde und Hackmann hat in der Asylfrage und in Bezug auf die Roma und Sinti Tradition. Die Senatsvorlage zur Entscheidung über die Behandlung der Roma und Sinti wurde im August in der BAGS erarbeitet. Sie wurde in der Innenbehörde verschärft und von beiden verantwortlichen Senatoren vorgelegt. Nach dieser Vorlage sollten nur etwa 150 Roma und Sinti, die bereits 4 Jahre in Hamburg leben, bleiben dürfen, während alle übrigen zur Abschiebung frei gegeben werden.

Mit diesen 150 sollte nach dem Kölner Modell verfahren werden: 5-jährige Bewährungszeit mit intensiver sozialarbeiterischer Kontrolle, Integration durch Arbeit und kulturelle Anpassung. In der Kölner Erfassungsstelle für Roma und Sinti wurden Spitzelberichte der Sozialbürokratie gesammelt und an das Ausländeramt weitergegeben. Das ermöglichte einen kontinuierlichen Selektionsprozess durch Abschiebung. Dieser Erfassungsstelle gilt der Anschlag in Köln.

Am 9.November wurde von vielen eine günstigere Entscheidung des Hamburger Senats zum Bleiberecht für Roma und Sinti erwartet. In Wirklichkeit war die Entscheidung schon längst gefallen. Der Senat zog es vor, das Echo auf die offene DDR-Grenze auszunutzen und das Thema aus den Schlagzeilen zu nehmen. Stillschweigend wird nach dem sozialdemokratischen Selektionsmodell verfahren:

Auf der Innenministerkonferenz brüstete sich Innensenator Hackmann, daß zwar die CDU/CSU schärfere Gesetze fordere, jedoch kein Bundesland über eine so effiziente Abschiebepolitik verfüge wie Hamburg. Die Abschiebepolitik wurde auf der Grundlage der BAGS-Vorlage schon ab Anfang September in die Tat umgesetzt.

Die Öffnung der Grenze für die Trabi-Kolonnen und die Umarmungsszenen auf der Mauer haben ihr Gegenstück in der rassistischen Selektion von Flüchtlingen. Wer nicht deutschen Bluts ist, wird abgeschoben oder kommt zur Bewährung und Assimilation ins Lager.

Roma und Sinti sind ein in Europa lebendes Volk ohne Grenzen. Schon immer waren sie Zielpunkt rassistischer Ideologie und der Vernichtung und Deportation ausgesetzt. Aber gegen den staatlichen Rassismus sozialdemokratischer Machart gibt es im Schatten der deutschen Frage zum ersten Mal wieder die Hoffnung, daß das faktische Bleiberecht für Flüchtlinge von vielen Menschen durchgesetzt wird. Wir fühlen uns all'denen, die Roma und Sinti heute unterbringen, herzlich verbunden.

Unser Anschlag auf die BAGS (Abteilung Grundsatzfragen für Ausländerpolitik) gilt der Behörde, die für die sozialdemokratische "Lösung des Zigeunerproblems" in Hamburg verantwortlich ist.

RZ

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

EINLADUNG ZU EINER EINFÜHRENDEN DISKUSSION ÜBER DIE AUSEINANDERSETZUNGEN IN DER DDR

im Verhältnis zu imperialistischen Perspektiven der Vereinnahmung

Wir gehen davon aus, das ein großes Interesse an der Diskussion besteht, und hoffen, daß sich viele GenossInnen aus der DDR beteiligen werden. Damit eine Diskussion mit vielen Leuten überhaupt möglich wird, schlagen wir eine Aufteilung in Gruppen, mit unterschiedlichen Schwerpunktthemen vor. Anschließend soll ein gemeinsames Plenum die Diskussion zusammenfassen. Folgende Schwerpunktthemen werden vorbereitet:

1. Ökonomie und Klassenbewegung in der DDR
   - planwirtschaftliche Kommandowirtschaft
   - Zusammenhang zwischen EG- Vereinheitlichung und Osteuropa
   - sind Klassen- und Massenbewegung das-selbe ?
   - welches Krisenszenario liegt der Reformbewegung zugrunde?

2. Migration aus Osteuropa
   - Pläne und Interesse des BRD- Kapitals
   - Zusammensetzung und Verhalten der MigrantInnen
   - sexistische/rassistische Spaltungen zwischen den verschiedenen MigrantInnengruppen
   - die Ausländerpolitik als sozialpolitischer Angriff
   - welches Verhältnis haben wir zu den verschiedenen Gruppen?

3. Linke Oppositionsgruppen versus Massenbewegung in der DDR
   - politische Vorstellungen und Ziele der Oppositionsgruppen
   - welchen Einfluß haben sie auf die Bewegung
   - wie sieht die soziale Zusammensetzung der Gruppen und die der Massenbewegung aus?
   - welche frauenpolitischen Zusammenhänge gibt es und haben sie Einfluß auf die Politik der Opposition?
   - wie können wir uns konkret ins Verhältnis setzten zur Aufbruchstimmung in der DDR?

4. Arbeitsgruppe mit offenem Thema
   dazu gibt es keine spezielle Vorbereitung, es soll vor Ort entschieden werden wie und worüber diskutiert wird

Die Themen bei den einzelnen Schwerpunkten sollen nicht rigide eingehalten werden, sie sollen vielmehr als Fragestellungen und Leitfäden für eine eröffnende Debatte dienen. Alle Aspekte und Fragen können grundsätzlich in allen Gruppen diskutiert werden.

Wir sollten bei den Diskussionen möglichst von der subjektiven Seite der Menschen ausgehen, wie bewegen sie sich und was bewegt sie, wie können wir uns in den anstehenden Kämpfen, (z.B. die imperialistischen Vorstellungen eines Großraums Berlin) aufeinander beziehen, wie können die imperialistischen Spaltungslinien überwunden werden.
Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung aus der DDR und hoffen auf einen interessanten Ost - West Diskurs.
Material zu den Arbeitsgruppen liegt ab Anfang der Woche bei Schwarze Risse aus. Eine gewisse Vorbereitung auf die Diskussion erscheint uns unumgänglich.

also: 15.00 Uhr bedeutet
"nach der Demo" - siehe Rückseite

die Veranstaltung findet am Samstag, den 9.12.89 ab 15 Uhr im Mehringhof statt und kann falls nötig auf Sonntag ausgedehnt werden

AUFBAU DES SOZIALISMUS AKTIV UNTERSTÜTZEN

Verkrustete und sinnlose Betonstrukturen zerfallen. Selbstbestimmung und Hoffnung für einen sozialistischen Neubeginn in der DDR sind in den Bereich des Möglichen gerückt.andererseits können tausende von Arbeitsplätzen inzwischen nicht mehr besetzt werden.
So erklärbar die Wut und das Mißtrauen der einzelnen "Ausgereisten" auch sind, die Summe der Produktions- und Dienstleistungsausfälle gefährdet die Chancen eines wirklichen Sozialismus. Zudem sind die Entwicklungsprozesse in der DDR durch die offensiv betriebene Vereinnahmungspolitik und die Gleichsetzung von Reformbegriff und Verwestlichung der DDR im kapitalistischen Interesse bedroht.
Können wir diesen Tendenzen etwas entgegensetzen?
Können wir durch unseren Arbeitseinsatz in den bedrohten Produktionszweigen die Entwicklung unabhängig und nach gemeinsamen Vorstellungen unterstützen?

Wir wollen mit anderen Interessierten den Aufbau einer Arbeitsbrigade organisieren, und die Chancen eines wirklichen Sozialismus absichern helfen!

2. Treffen
am: Montag, den 27.11.
um: 18[00]h im Raum EB 104, Erweiterungsbau TU

37

KONGRESS ZU DEN PERSPEKTIVEN DES ANTIIMPERIALISTISCHEN WIDERSTANDES

um: 14 uhr

am: 17.12.'89 in der esg mainz, am gonsenheimer spiess

beim ersten treffen am 18.11.89 waren ca 5o menschen aus rhein main und darüber hinaus der einladung gefolgt.
die gewünschte auseinandersetzung über ziel und zweck des vorgeschlagenen kongresses blieb allerdings zunächst in einer zaghaften vorstellungsrunde stecken. das treffen wurde auch vorzeitig beendet, weil die meisten leute an der demo in wiesbaden zum tod der frau aus göttingen teilnehmen wollten.

klar wurde:
* breite debatte über perspektiven radikaler politik wird allgemein als notwendig erachtet
* es ist wichtig inhalte transparent zu machen und nach aussen zu tragen (öffentlichkeit herstellen)
* die debatte muss sich an der realität des widerstandes orientieren um handlungsfähige orientierungen entwickeln zu können.

breite zustimmung fand der vorschlag zur einbeziehung der politischen gefangenen unter den gegebenen schlechten umständen und auch der befreiungsbewegungen aus dem süden.
ob der kongress das geeignete mittel sein kann, um aus der momentanen sackgasse herauszufinden, wurde als frage formuliert, aber nicht weiter diskutiert.

der kongress entwickelt sich auf keinen fall aus der zustimmung aller zur abstrakten notwendigkeit; es kann nur gelingen zu einer produktiven debatte zu kommen wenn sich alle interessierten auch aktiv einbringen. um eine sinnvolle auseinandersetzung zu führen, ist es notwendig, sie in den verschiedenen gruppen und zusammenhängen vorzubereiten, bzw. zu überlegen, ob und was wir zusammen wollen, ob die bereitschaft da ist und wir in der lage sind, miteinander zu reden.
unsere idee war es nicht, ein fertiges konzept zu liefern (um die in der scene weitverbreitete konsumhaltung zu befriedigen), bzw, die debatte nur an unserem papier entlang zu führen; wir wollten und wollen die allseits als notwendig gekennzeichnete debatte ins rollen bringen und haben dazu eine einschätzung der politischen situation aus unserer sicht beigetragen. alles weitere muss in einem kollektiven prozess stattfinden, d.h., dass alle gruppen, die sich beteiligen und an bestimmten themen arbeiten (internationalismus, patriarchat/sexualität, gentech, bevölkerungspolitik, umstrukturierung, antifa, flüchtlinge ....) sollten ihre überlegungen auch schon im vorfeld in die vorbereitung des kongresses einbringen (möglich ist es auch, positionen für die ab mitte dezember erscheinende zeitung zu formulieren).
bis zum nächsten treffen ist es vor allem wichtig die kongressidee und konkrete vorstellungen dazu in den gruppen zu diskutieren, damit wir klar kriegen können wie und was wir zusammen wollen. ausserdem wäre es gut weiter zu überlegen, welche menschen oder gruppen welchen teil/schwerpunkt in der vorbereitung übernehmen wollen.

heute ist der 25.11. und die ersten briefe von menschen (drinnen und draussen) sind schon da, weitere sind natürlich erwünscht und werden dann in der zeitung veröffentlicht!****wir schicken diese einladung wieder an alle infobüros zur zl, an ca 5o gruppen und mensc in rhein main sowie an redaktionen von linken und linksradikalen zeitungen; wir bauen darauf,dass empfänger und empfängerinnen die einladung weiter verbreiten.****gegen eine einemarksbriefmarke kann das diskussionspapier zum kongress weiterhin bestellt werden bei:
kontext e.v. leibnizstrasse 24 65oo mainz.
so das wärs nun, mit roten grüssen aus mainz: das lpenum für zl

** esg → roter backsteinbau gegenüber der universität!*

TERMINE

Zum Internationalen **Frauenwiderstandstag** gegen Gewalt gegen Frauen gibt's bis zum 2.12., Mo.- Fr. 14-18.30h und Sa. 10-14h, eine **Ausstellung** im Infoladen "Dritte" Welt, Thomasstr. 11-13, U-Bhf. Karl-Marx -Str.

Donnerstag, 30.11.

19.00 "Die Macht der Gefühle",Film von Alexander Kluge, im El Locco.

21.00+23.00 "Vom Retortenbaby zur Genmanipulation", "Die schöne neue Welt", "Der gläserne Arbeitnehmer" Filme im Polit-Kino im K.O.B.

21.00 "In Tinte oder in Traum getaucht". Die neueste Produktion des Theater Act Nürnberg zeigt den Lebenslinien zweier deutscher Dichterinnen, ausgewählt aus der langen Reihe eher unbekannter bzw. wenig beachteten schreibenden Frauen nachgegangen wird.
Ml. Fleißer:... die besten unter meinen Geschichten, halte ich für Meisterwerke! Besser als z.B. die Geschichten Brechts!
(Stille)
Besser als zum Beispiel die Geschichten Brechts!!!
(Stille)
K.v. Günderrode: Brecht? Wer ist Brecht?
Im El Locco, Kreuzbergstr. 43.

21.00 "Leben ohne Ausweg", Geschichte einer Prostituierten auf den Philippinen, Schweiz, 50 min., in der Schwemme, Falkkeladen, Falckensteinstr. 46.

23.00 "Die Macht der Gefühle", von Alexander Kluge. Im El Locco.

jeden Donnerstag

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29

Freitag, 1.12.

19.00 Antifa- Kiezpalaver Wedding im Cafe Oromo Olayaana, Prinzenallee 80

20.00 "Die Genetische Datenspur", Genomanalyse, ArbeitnehmerInnen-Screening, Verdatung im Gesundheits- und Sozialbereich. Informations- und Diskussionsveranstaltung im CHIP, Reichenbergerstr. 44/45.

20.00 Vorbereitungstreffen für den bösartig-satirischen Umtrieb für ein **Unheilbares Deutschland**, im Büro für ungewöhnliche Maßnahmen", im Kerngehäuse, Cuvrystr. 20. Siehe Rückseite.

21.00 Roberto Darvin, Liedermacher aus Uruguay singt im El Locco.

23.00 "In Tinte oder in Traum getaucht".siehe Do.21.00.

Samstag, 2.12.

12.00 Bundesweite El Salvador-Demo in Frankfurt/M., Campus der Universität, U-Bhf. Bockenheimer Warte.

14.00 "Weg sind die paar Stücke Beton; es bleibt die Mauer zwischen Hautfarben und zwischen Kulturen", AusländerInnen aus Ost- und Westberlin zeigt euch! Kommt zum Brandenburger Tor mit Töpfen, Trommeln und Trompeten. Wir lassen uns nicht rausschmeissen!!

16.00 einige Genossinnen berichten über den Prozeß gegen Thomas Kippler. (einer der 5 Gefangenen aus der Kiefernstr. Düsseldorf. Er soll im Prozeß als "Kopf" einer eigenständigen RAF-Gruppe aufgebaut werden. Im Falckeladen, Falckensteinstr. 46.

20.00 "Mexico-Stadt", (Spanisch mit engl. Untertiteln) Berliner Uraufführung des Dokumentarfilms über die Näherinnengewerkschaft "19. September". Die zweite Vorsitzende der Gewerkschaft ist anwesend. Der Film zeigt die ersten Schritte gewerkschaftlicher Organisation und auch Einblicke in die Lebenszusammenhänge der Näherinnen nach dem Erdbeben vom September '85. Im Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

21.00 Roberto Darvin, Liedermacher aus Uruguay singt im El Locco.

23.00 "In Tinte oder in Traum getaucht".siehe Do.21.00.

jeden Samstag

Frauentag und ab **18.00 FrauenKiezcafe** im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 3.12.

16.00-19.00 Antifa-Cafe, diesesmal: Austausch mit Ostberliner Antifas. Jeden ersten Sonntag im Monat in der Fabrik, Osloerstr. 12

19.00 "10 Tage die die Welt erschüttern", Video, UdSSR. Die Tage nach der Oktoberrevolution 1917 in Rußland. Im El Locco.

20.30 + 23.00 "Freie Fahrt für freie Bürger", O-Töne zum Tempo 100 auf der Avus. **"Glück zum Anfasssen"**, Ein Traum wird war. Eine Hausfrau gewinnt bei einem Preisausschreiben einen Tag mit ihrem Lieblingsstar Jürgen Drews. **"Der Mann am Fenster"**, Der Architekt wird von den BewohnerInnen der von ihm geplanten Siedlung entführt. Alle drei Filme in KOB's Kommerzkino in der Potsdamerstr. 159

21.00 "Was heißt hier Liebe", Video nach dem "Aufklärungstück" der "Roten Grütze". Im El Locco.

jeden Sonntag

13.00 - 17.00 Frauentag in der M 99, Manteuffelstr. 99

14.00 Neuköllner Kiezküche im Syndikat, Weisestr.

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. Um was geht's denn diesmal? Unser Briefkasten ist Tag und Nacht geöffnet, Gneisenaustr. 2a.
Kinder sind erwünscht.

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

19.00 Gegen die Langeweile auf Demos und Festen machen wir einen **Chor. Mach mit.** In der Yorckstr. 59, HH., 2.OG.

20.00 Film im EX, aber auch hier war der Briefkasten wohl zu weit, dabei sind es doch nur 30 Stufen.

jeden Montag

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Dienstag, 5.12.

9.00 IWF-Prozeß wegen Urkundenfälschung. Geladen sind BKA-Gutachter + "Fortschrittliche" WG-Mitglieder. im Amtsgericht Moabit, Turmstr. Raum 672

11.20 Prozeß gegen Antifaschisten wegen Sachbeschädigung bei einer Blockade einer REP-Veranstaltung am 27.5. vor Schultheiss-Hasenheide. Im Amtsgericht Wedding, Brunnenplatz 1, 2. OG., Raum 214, U-Bhf Pankstr.

17.00 - 21.00 Offenes Plenum im Internationalistischen ZENTRUM in der Mahlowerstr. 9.

19.00 Über den alltäglichen Faschismus in Neukölln auf der Straße, in der Schule und anderswo. Video und Diskussion mit SchülerInnen aus Antifagruppen in Britz und Gropiusstadt. Im Infoladen "Dritte Welt", Thomasstr. 11-13

19.00 "Ich kam von einem Ort, den es in Wirklichkeit nicht gibt", Video, Uruquay, '89.Nach elf Jahren Militärdiktatur Rückkehr aus dem Exil. Im El Locco.

20.00 Vorbereitungstreffen für den bösartig-satirischen Umtrieb für ein **Unheilbares Deutschland**, im Büro für ungewöhnliche Maßnahmen", im Kerngehäuse, Cuvrystr. 20. Siehe Rückseite.

21.00 "Beans on toast",Video, Austria, '87 The unofficial story of Liverpool. Im El Locco.

jeden Dienstag

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 Film &&&, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Mittwoch, 6.12.

19.00 "Die Macht der Gefühle", Film von Alexander Kluge, im El Locco.

21.00 "Dark Spring", siehe Do. 23.00. Im El Locco.

Mi.+Do. 21.00 + 23.00 "Maschinenträume", Dokumentarfilm von Peter Krieg über den Mythos der Vorstellung von der Technik als einem primär rationalen Unterfangen, im Polit-Kino im K.O.B., Potsdamerstr. 159, 1-30.

jeden Mittwoch

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin", Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

Donnerstag, 7.12.

17.00 "Mujere für Export" + "Die gekaufte Braut", Videos zum Frauenhandel. Im El Locco.

19.00 "Dark Spring", siehe Do. 23.00. Im El Locco.

21.00 "Die Macht der Gefühle", Film von Alexander Kluge, im El Locco.

Freitag, 8.12.

20.00 Vorbereitungstreffen für den bösartig-satirischen Umtrieb für ein **Unheilbares Deutschland**, im Büro für ungewöhnliche Maßnahmen", im Kerngehäuse, Cuvrystr. 20. Siehe Rückseite.

23.00 "In Tinte oder in Traum getaucht",siehe Do. 21.00.

Samstag, 9.12.

DEMO gegen die Kapitalisierung der DDR

13.00 "Unheilbares Deutschland", am Adenauerplatz. Siehe Rückseite.

ca. 15.00 nach der Demo: **Einführende Diskussion über die Auseinanderstzung in der DDR, im Verhältnis zu imperialistischen Persrektiven der Vereinnahmung.** Im Mehringhof. Evt. auch So.

Sonntag, 10.12.

16.00 Kiezcafe der *jugendantifa spandau* im Paul-Schneider-haus, Schönwalderstr.24, 1-20.

18.00 Weddinger Kiezküche über die Kiezküche, in der Fabrik, Osloerstr. 12

"Das Büro für ungewöhnliche Maßnahmen" aus West-Berlin und künstlerische Initiativen aus Ost-Berlin laden ein zum Mitmachen

beim Straßen-Theater-Ereignis '89:

Es schält sich heraus: Der Endsieg des Kapitalismus ist in greifbare Nähe gerückt. Den Konsum-Rausch in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf! Ein Volk verjubelt sich. Deutschtümmler und Profithaie wittern des Wahnsinns fette Beute. In einem Festival der Hilfsbereitschaft versuchen sie mit schier endlosen Umarmungen alles in Ihren festen Griff zu kriegen.

Der deutsche Kolonialismus erlebt eine neue Blütezeit:
Deutsches Streben nach unerschlossenem Raum im Osten ist wieder in!
Die Statthalter rüsten auf zu großen Antritts-Besuchen in ihren zukünftigen Provinzen - als humaner Akt von gnadenloser Güte. Die Vision einer großen Kohlplantage im gesamten Krenzgebiet beherrscht die Köpfe und Krägen.

Ein neues Gesellschaftsspiel macht die Runde:
Wer schafft es, möglichst viele der desorientierten Opferlämmer auf dem rechten Weg der harten DM-Erkenntnis in die ewigen kapitalistischen Jagdgründe zu überführen? Eine Neue Deutsche Ekelhaftigkeit sucht ihren Weg ins Guiness-Buch der Rekorde...

Der Jubel-Rubel-Trubel wird immer dollar. Wen hält es da noch länger auf den Zuschauer-Bänken?! Da heißt es: Come together!

Mitmachen! Dabei sein

ist alles - beim bösartig-satierischen Umtrieb für ein

UNHEILBARES DEUTSCHLAND

in Freuheut & democracy

Ein Aufzug mit politischen Initiativen, KünstlerInnen, Theater- und Musik-Gruppen - Profis oder Laien - aus Ost und West - als Volkseigene Aktion.

Reiht Euch ein in den Triumphzug der Heuchelei!
- Propagiert mit uns Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot als unverzichtbare Segnungen des Kapitalismus für alle!
- Mit vereinten Konsum-Anstrengungen vorwärts in die ökologische Katastrophe!
- Mehret die Völkerverständigung durch deutschen Warensinn - geteilte Ausbeutung ist halbe Ausbeute - Für eine gesamtdeutsche Nutzung der 3.Welt!
- Beschleunigt die Energie-Teilchen der Westdeutschen Wirtschaft!
- Proletarier aller Länder - verjubelt Euch!
- Der Deutsche Egoismus muß wieder lebenswert werden: Einigt und wehret Euch gegen den undeutschen Internationalismus! Auch der Billigst-Lohn muß wieder deutsch werden!
- Schappi für alle deutschen Schäferhunde!
- Auf den teutschen Tumben - heben wir den Humpen!
- Niemand weh und allen wohl - ein deutscher Furz von Coca-Kohl!
- Am deutschen Unwesen soll die Welt verwesen!
- Mit neuem Schwung - abwärts in die 90er!

Sa.9.12.13Uhr Adenauerplatz

Vorbereitungstreffen: dienstags und freitags 20 Uhr im "Büro für ungewöhnliche Maßnahmen" im Kerngehäuse, Cuvrystr.20, Nähe Oberbaumbrücke, Tel.6119404/6115000
Wer mitmachen will - bitte schon jetzt melden!